

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924**

7.2.1924 (No. 38)

Wesenspreis:  
Hefemonat 1.20 G.M. frei  
Post. In unserer Ge-  
schäftsstelle oder in unteren  
Raum abgeholt 1.20 G.M.  
Durch die Post bez. monatl.  
2.20 G.M. auschl. Anst. f. d. d.  
Einzelverkaufpreis:  
Wochens 10 G.M.  
Sonntags 15 G.M.

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigenverteilung:  
für die Gelp. Nonnenkreuz-  
zeile oder deren Raum 25  
G.M., auswärts 30 G.M.  
Neuankündigung 30 G.M., an-  
erker Stelle 50 G.M.  
Nacht nach Tarif  
Berlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle Mittelstraße 1  
Herausgeber:  
Geschäftsstelle Nr. 18,  
Berlag Nr. 21 und 297,  
Schriftleitung Nr. 20,  
Postfachleiter Nr. 19,  
Postfachkonto Nr. 9547  
Karlsruhe.

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**  
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. E. G. Scherger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich G. Scherger; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl  
Dobro; für Interieur: Heinrich G. Scherger, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. D. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Richard Häger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telefon-Zentrum 420.  
Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr.

121. Jahrg. Donnerstag, den 7. Februar 1924 Nr. 38

## Wie Oesterreich saniert wird.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)  
Es war im Sommer 1922, als die österreichische Krone ihren tiefsten Verfall anzuweisen hatte. Von Tag zu Tag schwächte sich der Kurs in Zürich ab und eine innere Katastrophe in Oesterreich schien unabweisbar. Schon verabschiedeten die Nachbarstaaten über einen Einmarsch in Deutsch-Oesterreich. Zwei Wege blieben offen, um das Chaos zu vermeiden, der eine, eine Zwangsgoldanleihe von allem Besitz sofort einzutreten, der andere, durch Auslandskredite eine Atempause zu gewinnen, die zur Sanierung des österreichischen Budgets, dessen Nischenabgang die Banknotenpresse deckte, genutzt werden konnte. Die Stimmung der Bevölkerung war bereits eine derartig verzweifelte, daß eine Zwangsanleihe in diesem Augenblick kaum durchführbar gewesen wäre. So entschloß sich dann Bundeskanzler Dr. Seipel zu der anderen Möglichkeit, eine ausländische Anleihe zu erwirken. Die Botschaften gingen, die er mit der Tscheko-Slowakei und Italien geführt hatte, hatten gezeigt, daß diese Staaten nicht im Stande waren, mit Oesterreich in engere politische Beziehungen zu treten, daß vielmehr die Mächte, die Oesterreich das Friedensrecht von St. Germain auferlegt hatten, infolge ihrer Rivalität, alles Interesse daran hatten, daß Oesterreich sich keinem der Nachbarstaaten anschließen könnte.  
Aus eigener Kraft mußte sich Oesterreich helfen, das Oesterreich selbst eine Auslandsanleihe aufgenommen hätte, war dadurch ausgeschlossen, daß infolge der wägen den Bestimmungen des Friedensvertrages, der eine Generalhypothek der Güter auf sämtliche Einnahmen legte, es Oesterreich unmöglich war, selbst Kreditgeber zu finden. Auch die Stundung dieser Hypothek auf 20 Jahre war nur für eine Anleihe unter Garantie des Völkerbundes zu haben. Bundeskanzler Dr. Seipel führte nunmehr die Verhandlungen in Genf und erhielt daselbst die Zusicherung, daß Oesterreich einen Kredit von 650 Millionen Goldkronen nicht nur von Seiten Amerikas, Englands, Italiens und Frankreichs, sondern auch der Tscheko-Slowakei, der Schweiz, Holland, den skandinavischen Staaten und Spanien erhalten sollte. Diesen Kredit konnten all diese Staaten um so beruhigter gewähren, als Zinsen von 6½ bis 7 Proz., sowie Amortisationsraten zu zahlen sind, und die Staaten, die Oesterreich früher Vorstöße geleistet hatten, diese überdies sofort aus der Völkerbundsanleihe zurückzuzahlen. Ferner hatten die österreichischen Zölle und das Zakamonopol für Verzinsung und Amortisation der Anleihe, so daß diese für die Geldgeber ein ganz gutes Geschäft ohne jedes Risiko darstellte. Statt 650 Millionen Goldkronen erhielt Oesterreich infolge des Abzuges der Vorstöße nur 350 Millionen Goldkronen zurückgeschrieben.

Wägung wurde eine Pauschale bestimmt und verglichen mehr.  
Vor allem aber ging man daran, das große Beamtenheer abzubauen. Die Zahl der Beamten hatte am Beginn der Sanierungsperiode 250 000 betragen, 100 000 sollten davon innerhalb zweier Jahre den Staatsdienst verlassen. Bisher sind 60 000 Beamte und Angestellte abgebaut worden. Zu Beginn des Abbaues wurde infolge einer Fehler gemacht, als der Abbau automatisch bei jenen erfolgte, die be-

reits ein gewisses Lebensalter überschritten hatten. Dadurch veranlaßte sich aber der Staat gerade seiner erfahrensten Beamten. Durch das Nachtragsgesetz wurde bestimmt, daß nicht das Alter, sondern die Verwendbarkeit im Dienst beim Abbau ausschlaggebend sei. Der Effekt des bisherigen Abbaues tritt noch nicht voll zutage, weil ziemlich hohe Abfindungen gewährt wurden und bei jenen Beamten, die bereits die volle Dienstzeit zurückgelegt hatten, der Unterschied zwischen Aktivitäts- und

Pensionsbezügen nur zehn Prozent betrug. Bei kürzerer Dienstzeit beträgt der Unterschied allerdings fünfzig Prozent. Größere Ersparnisse wurden bei dem Abbau von 10 000 Vertragsangestellten erzielt, die keinen Pensionsanspruch hatten. Insgesamt betrug die Ersparnis mehrere Hundert Milliarden österreichischer Kronen.  
Der zweite Punkt des Wiederaufbauprogramms war die Schaffung neuer Einnahmen. Das Ziel ist, den Ertrag der Zölle auf 100 Millionen Goldkronen im Jahr zu bringen, was zum größten Teil bereits erreicht ist. Tabak und Salz nähern sich schon fast dem Friedenspreis, desgleichen wurden die Alkoholkonzesse hart erhöht. Bei den direkten Steuern wurde eine Vereinfachung des Verfahrens durchgeführt und als Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer eine erhöhte Erwerbsteuer für Betriebe und eine laufende Vermögenssteuer eingeführt. Neu für Oesterreich war die Einführung der Warenumsatzsteuer, die im ersten Sanierungsjahr ein Prozent, im zweiten zwei Prozent betrug, die aber dadurch, daß jede Phase des Verkehrs besteuert wurde, sich auf vier bis fünf Prozent und darüber erhöhte. Zu gleicher Zeit begann die Auseinanderziehung des Bundes mit den einzelnen Ländern. Die Länder wurden die Rechte überlassen, wogegen sie auf das Zuschlagsrecht zu den direkten und indirekten Steuern verzichteten, dafür wiederum Anteile am Ertrag der Bundessteuern erhielten. Doch hören mit Ende des heurigen Jahres die Zuschüsse des Bundes zum Personalaufwand der Länder auf. Sie belaufen sich auf mehrere Hundert Milliarden Kronen.  
Ueber die Durchführung dieses Programms zu wachen, war der gewählte Generalkommissar Dr. Zimmermann bestimmt. Er verlangte zunächst, daß der Finanzminister allmonatlich den tatsächlichen Eingang an Steuern und Tarifgebühren aus dem vergangenen Monat feststelle und mache, falls sich ergab, daß die Einnahmen dem Voranschlag entsprachen, die entsprechenden Summen zur Deckung des Abzuges im Staatshaushalte aus der Völkerbundsanleihe fließen, da das Defizit trotz der erhöhten Steuern natürlich nicht sofort verschwinden konnte, sondern hierzu eines längeren Zeitraumes bedürfte.  
Dr. Zimmermann ist kein festerer Alibi. Trotzdem hätte seine Amtsführung bewirken können, daß aus einem Kontrollorgan mit Wichtigkeit ein Exekutivorgan werden konnte, das die wichtigsten staatlichen Beschlüsse an sich rief. Hier hat sich nun die politische Anpassungsfähigkeit der Oesterreicher gezeigt.  
Nach dem Genfer Programm hatte die Regierung sämtliche Reformmaßnahmen durchzuführen und das Parlament hierzu die nötigen Vollmachten zu erteilen. Man half sich nun dadurch, daß man eine Kommission aus 26 Parlamenten entsandte, die als „außerordentlicher Kabinettsrat“ benannt und die eigentliche Regierung verpflichtete, die Reformmaßnahmen erst nach Beschluß des außerordentlichen Kabinettsrats durchzuführen, der innerhalb dreier Tage seine Entscheidung fällen muß. Dadurch war der Einfluß des österreichischen Parlaments im Rahmen des Reformprogramms gesichert. Auf Drängen der Kommission der Garantienstaaten in Genf verurteilte zwar der Generalkommissar die Regierung zu bewegen, gewisse Maßnahmen, wie Zollerhöhungen, ohne Zustimmung des außerordentlichen Kabinettsrats durchzuführen. Allein da keine der österreichischen Verfassungsorgane ein solches Verbot hatte, die Reformmaßnahmen der Regierung als verfassungswidrig anzusehen, so wurde die Regierung durch den außerordentlichen Kabinettsrat durchzuführen, der innerhalb dreier Tage seine Entscheidung fällen muß. Dadurch war der Einfluß des österreichischen Parlaments im Rahmen des Reformprogramms gesichert. Auf Drängen der Kommission der Garantienstaaten in Genf verurteilte zwar der Generalkommissar die Regierung zu bewegen, gewisse Maßnahmen, wie Zollerhöhungen, ohne Zustimmung des außerordentlichen Kabinettsrats durchzuführen. Allein da keine der österreichischen Verfassungsorgane ein solches Verbot hatte, die Reformmaßnahmen der Regierung als verfassungswidrig anzusehen, so wurde die Regierung durch den außerordentlichen Kabinettsrat durchzuführen, der innerhalb dreier Tage seine Entscheidung fällen muß.

## Schreckenstage in Pirmasens.

**Diktatur eines Zuchtjägers.**  
Pirmasens, 6. Febr. (Drahtber.) Vom separatistischen Bezirkskommissar ist gestern dem Ganzen die Krone aufgesetzt worden. Ein vielfach mit Zuchtjägern verknüpfter Gelegenheitsarbeiter namens Schindler wurde von ihm zum Diktator der Stadt Pirmasens ernannt. Bei der Pflanzung der Lebensmittelpflanzen wurde von Schindler der Befehl erteilt, der sich zu verteidigen suchte, indem er auf die Pflanzung der Erbsen, von den Eindringlingen übermächtig und unter schweren Mißhandlungen und Weisungen vor das Rathaus geschleppt. Der Schwerverletzte konnte hier von der Menge aus den Händen der Separatisten befreit werden. Während die französische Gendarmerei bei diesem handlichen Auftritt völlig passiv verhielt, nahm sie in der Wohnung Schindlers eine Hausdurchsuchung vor um festzustellen, mit welchen Waffen er sich verteidigt habe. Bei den in der Stadt umherschweifenden Zuchtjägern hat General de Metz dem Stadtrat den Befehl erteilt, er möge einen Beschuß fassen, daß die von den Separatisten vertriebenen städtischen Beamten sofort zurückzutreten hätten, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Polizei bleibt nach Anordnung des Generals weiter entwaffnet, so daß die städtischen Beamten keinerlei Schutz gegen die Übergriffe der Separatisten haben. Nach einer Mitteilung des französischen Delegierten im General de Metz auf die Freilassung der im Regierungsgebäude in Speyer festgehaltenen Polizeibeamten von Pirmasens seinen Einfluß haben.  
Die auf Grund eines Beschlusses der Stadtverwaltung an die Besatzungsbehörde gerichtete Forderung, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, wurde von dem französischen Bezirksdelegierten abgelehnt. Geiern begannen die Separatisten und ein Teil der von ihnen aufgebehten Erwerbslosen Wanderungen und schleppten aus dem Rathaus Stühle von Allen fort. In die Wohnungen vertriebener von den Separatisten gesuchter städtischer Beamten wurde eingedrungen. Ihren Frauen wurden Strafmaßnahmen angedroht. Französisches Militär und französische Gendarmen haben dem Treiben rüsig zu.

**Mit französischer Unterstützung.**  
P. Speyer, 6. Febr. Die Zustände in Pirmasens, wo, wie berichtet, ein sogenannter Erwerbslosenrat mit roten Armbinden, der aus verkappten Separatisten besteht, die Stadtverwaltung an sich gerissen hat, werden immer katastrophaler. Die Bevölkerung ist dem aus Separatisten und Kommunisten bestehenden Gefindel vollständig ausgeliefert, da die städtische Polizei mit Duldung des französischen Bezirksdelegierten entwaffnet und vertrieben worden ist. Das Gefindel plündert die Ladenregale. In die Lebensmittelhandlung Kling drang eine Bande, da sich der Besitzer zur Wehr setzte, vom Dach aus in die Lagerräume ein und schafften die Lebensmittel auf Lakatos, die sie bei Pirmasenser Fabrikanten mit Gewalt weggenommen hatten, fort. Andere Separatisten drangen nachts mit Gewalt in die mit Nachschlüssel geöffneten Wohnungen von Beamten ein, so in die Wohnung des städtischen Finanzrates, so in die nach dem Kassenschlüssel suchten. Da der Beamte nicht anwesend war, wurde die Frau in der gemeinsamen Weise belästigt. Der französische Bezirksdelegierte hat das Gerücht des Stadtrates, zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung die bewaffnete Macht einzusetzen zu lassen, abgelehnt, trotzdem es sich bei den Unruhen offensichtlich um Verbrechen gegen das gemeine Recht handelt und die Besatzungsbehörde auf Grund des Rheinlandabkommens zum Eingreifen verpflichtet ist, weil bekanntlich im besetzten Gebiet auf Grund des Friedensvertrages keine Schutzpolizei zugelassen ist. Infolgedessen ist nach Art. 18 des Rheinlandabkommens die Besatzungsbehörde verpflichtet, falls die Nachmittelf der deutschen Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit nicht ausreichen, auf Ansuchen der deutschen Behörden mit der bewaffneten Macht zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung einzugreifen.  
Das Verbrechen des franz. Provinzdelegierten General de Metz geht unstrittig dahin, in der Pfalz ein vollständiges Chaos einzutreten zu lassen und dadurch den gewünschten Vorwand zur Errichtung der Militärdiktatur in der Pfalz zu schaffen.

## Englisch-französische Verständigung über die Pfalz.

Paris, 6. Febr. Das Havasbüro glaubt zu wissen, daß die Verhandlungen, die zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Pfalz angesetzt worden sind, geführt werden, höchstwahrscheinlich eine Lösung bringen werden und zwar auf der Grundlage der Wiederherstellung des Zustandes vor der Einsetzung der Separatistenregierung. Da die Separatistenregierung nicht anerkannt ist, könnten alle Beamten, die von ihr angewiesen seien, zurücktreten. Was die von den Besatzungsbehörden angesprochenen Ausweisungen anbetrifft, so werde man jedenfalls jeden einzelnen Punkt besonders prüfen.  
Der „Reit Parisien“ bestätigt diese Meldung. Die französische Regierung ihrerseits sei bereit, die Rückkehr der von den Separatisten ausgewiesenen oder verhafteten auszulassen aber sie müsse sich für die Wiederzulassung der Beamten, die durch die Rheinlandkommission angewiesen worden seien. In London und Paris seien die Ansichten auch in dieser Sache nicht mehr weit entfernt und es sei zu hoffen, daß diese Verständigung der Botschaft werde eines sehr weitgehenden Abkommens.

## Die Geschäfte der Regie.

Hannover, 6. Febr. Ein Mitarbeiter des BZV hatte Gelegenheit, eine hochgestellte Persönlichkeit der ehemaligen preussischen Eisenbahnverwaltung über die Nachtritte des „Matin“ zu sprechen, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie jetzt täglich eine Nettoeinnahme von 500 000 Franken habe. Wie diese Persönlichkeit äußerte, muß man, ehe man ein endgültiges Urteil abgeben will, wissen, was die Regie unter Nettoeinnahmen versteht und wie sie errechnet sind. Auf jeden Fall aber erscheinen sie recht gering; denn 500 000 Franken seien heute keine 100 000 Goldmark, und vor dem Abzuge hätten die Verkehrsmittel der preussischen Staatsbahnen in demselben Gebiet, das jetzt die Regie betreibt, etwa drei Goldmillionen betragen; dies wäre also das 30-fache der heutigen Nettoeinnahmen der Regie.

## Keine Note über die Besatzungskosten.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Wie den Blättern von unternichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung des „Reit Parisien“, wonach die deutsche Regierung in Paris und Brüssel Noten betr. die Besatzung der Besatzungskosten hätte überreichen lassen, unzutreffend. In der letzten Zeit sei in dieser Angelegenheit kein Schritt unternommen worden.

**London, 6. Febr. (Drahtber.)** In der Reise des englischen Botschafters in Paris nach London, die in der Öffentlichkeit viel besprochen worden ist, sagt das amtliche Reutersbüro: Der Grund für die Reise des englischen Botschafters in Paris nach London sei die Absicht einer allgemeinen Erörterung und der Wunsch des britischen Botschafters, den neuen Ministerpräsidenten MacDonald zu sprechen. Vorschläge Frankreichs liegen weder in

Der Völkerbund setzte gleichzeitig in der Person des Rotterdammer Oberbürgermeisters Dr. Zimmermann einen Generalkommissar ein, der die finanzielle Verwaltung Oesterreichs durch zwei Jahre zu überwachen hat und dafür sorgen sollte, daß das von Völkerbund in den Grundzügen entworfenen Reformprogramm durchgeführt wurde. Dieses Reformprogramm gründet sich auf drei Grundzüge: Sparen, Schaffung neuer Einnahmequellen und Deckung des Budgetdefizits innerhalb der Jahre 1923 und 1924 aus der Völkerbundanleihe. In einem ziemlich umfangreichen Wesen, im sogenannten Wiederaufbaugesetz, fanden diese Reformen ihren Niederschlag.  
Um die Ausgaben einzuschränken wurde zunächst bestimmt, daß die sogenannte Hoheitsverwaltung von den Betrieben, wie Bahnen, Tabak, Salz, Staatsbater usw., getrennt geführt werde. Die Betriebe sollten eine autonome Verwaltung mit dem Ziele erhalten, nur durch eigene Einnahmen zu mindestens die Ausgaben selbst zu decken. Bei gewissen Betrieben, wie Tabak und Salz, die bisher schon große Überschüsse getragen hatten, sollten zu mindest der Friedensertrag erzielt werden.  
Die Bundesbahnen wurden aus der Staatsverwaltung ausgegliedert und in einen eigenen Wirtschaftskörper verwandelt, wofür in einem Sonderartikel das Nähere zu sagen sein wird. Ueberhaupt strebe man allgemein eine Vereinfachung des Verfahrens an. In diesem Zweck wurden eine Verwaltungsreform erwirkt, die die Zahl der Ministerien auf acht herabsetzte und die Dienstleistungen der Beamten und Angestellten dadurch mehr ausgenützt, daß der Dienstleistungsbeitrag nicht in die Dienstzeit eingerechnet wurde. Für Dienstwohnungen und Ver-

Leite Nachdienstleistungen siehe Seite 3.

Dr. S. R.

Der Zwischenfall von Washington.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Wegen der Haltung der deutschen Regierung und ihrer diplomatischen Vertretung in Washington zum Tode des Ex-Präsidenten Wilson hat sich in der Presse der Reichshauptstadt eine lebhaft entwickelte Diskussion entwickelt. Auf eine Anfrage des deutschen Botschafters in Washington, ob er das Beileid der deutschen Regierung anlässlich des Todes Wilsons offiziell zum Ausdruck bringen solle, hat die deutsche Regierung ihren Standpunkt dahin präzisiert, daß von einer offiziellen Beileidskundgebung der deutschen Regierung abgesehen sei, da Wilson bei seinem Tode Privatmann gemeinet sei. Es bleibe jedoch dem deutschen Botschafter überlassen, ob und in welcher Form er persönlich an den dortigen nationalen Trauerfeierlichkeiten sich beteiligen wolle.

Diese Haltung der Reichsregierung ist von Amerika als eine Brüstung der amerikanischen Nation gedeutet worden. Gewisse amerikanische Blätter haben die Behauptung aufgestellt, die deutsche Botschaft habe auf Anweisung ihrer Regierung es unterlassen, die Bahnen auf Halbmaße zu setzen. Die Blätter berufen sich bei dieser Behauptung auf eine angebliche Äußerung des deutschen Botschaftssekretärs von Plessen, der gesagt haben soll, da Wilson als Privatmann zu betrachten sei, habe die Botschaft von Berlin den Befehl erhalten, an der nationalen Trauerfeier nicht teilzunehmen. Franzosenfreundliche Blätter benutzen natürlich diese Gelegenheit für ihre Zwecke und weisen darauf hin, daß im Gegensatz zur deutschen Botschaft die französische Botschaft von ihrer Regierung den Auftrag erhalten habe, einen Kranz am Sarge Wilsons niederzulegen. Der deutsche Botschafter in Washington war der Ansicht, daß er Schritte tun müsse, um der öffentlichen Meinung Amerikas entgegen zu kommen. Aus Washington ist gestern abend gemeldet worden, daß die deutsche Botschaft eine Erklärung veröffentlicht habe, die sagt, der öffentlichen Meinung werde dadurch Rechnung getragen, daß während des Beileidsbegangnisses die Flagge auf der deutschen Botschaft auf Halbmaße gesetzt werde.

Durchweg wird die Haltung der Reichsregierung hier abfällig kritisiert. Die einen sagen, allerdings die Reichsregierung hätte im Hinblick auf die Tatsache, daß mit Wilson einer der schlimmsten Schädlinge des deutschen Volkes dahingegangen sei, der deutschen Botschaft jede Beileidskundgebung unterlassen sollen; die anderen betonen, daß eine Beileidskundgebung ein Akt rein diplomatischer Höflichkeit gewesen wäre und uns wahrscheinlich genügt hätte, jedenfalls aber nicht so geschadet hätte, wie die ursprünglich geplante Unterlassung jeglicher Kundgebung.

\*

Zu der Meldung unseres Berliner Berichterstatters möchten wir bemerken, daß auch die Haltung der deutschen Regierung — bei aller Notwendigkeit, die nationale Würde zu wahren — doch nicht dem zu entsprechen scheint, was die augenblicklichen Verhältnisse erfordern.

Poincaré im Kampf um sein Ermächtigungsgesetz.

Paris, 6. Febr. (Drahtber.) Die Kammer hat gestern nachmittags und heute den ganzen Tag die Debatte über die Spargesetze der Regierung fortgesetzt. Heute hat die Kammer den Artikel 1 des Gesetzes angenommen, der das Mindestmaß der geforderten Ersparnisse auf eine Milliarde Franken festsetzt; über die Durchführung der Sparmaßnahmen ist in diesem Artikel noch nichts gesagt. Weiter hatte Poincaré einen schweren Stand gegenüber dem Abgeordneten Herriot, der Führer der Radikalen Partei, die in ihrer Stellung ungefähr der demokratischen Partei in Deutschland ähnelt. Herriot bekämpfte das ganze Gesetz sehr scharf, mit der Begründung, daß es gegen die Verfassung verstoße und eine Gefährdung der Republik darstelle. Alle wirklichen Republikaner

mühten sich gegen dieses Gesetz auszusprechen. Poincaré erwiderte und sagte, er bedachte sich bei Herriot für den Ausschluß aus der republikanischen Mehrheit er wundere sich, daß Herriot in diesem Gesetz eine Gefahr für die Republik sehe, er, Poincaré, sei ein ebenso guter Republikaner, wie Herriot und könne den Demokraten nicht das Monopol auf den Republikanismus zusprechen. Bei dem Verzicht, sich gegenseitig als schlechte Republikaner zu bezeichnen, wird man an Debatten im deutschen Reichstag erinnert.

Pariser Pfalzflügen.

Paris, 5. Febr. Ein Pressevertreter hat die maßgebende Stelle der pfälzischen Kreisregierung, die sich bekanntlich nach ihrer Ausweisung durch die französischen Besatzungsbehörden, dazu die Separatisten in Heidelberg befindet, darüber befragt, ob und inwieweit die in der französischen Presse aufgestellte Behauptung richtig sei, daß Frankreich in der Pfalzfrage im Stillen auf der ganzen Linie nachgäbe, daß sich die Autonomien überall zurückziehen, und die vertriebenen bayerischen Beamten in die Pfalz zurückkehren. Die Antwort lautete: Die französische Behauptung ist vollständig falsch. Von den seit Beginn des Ruhrkampfes ausgewiesenen pfälzischen Beamten, deren Zahl samt ihren Familienangehörigen rund 25 000 beträgt, wurde bis jetzt nur etwa 2—300 von der französischen Besatzungsbehörde in die Pfalz gestattet. Die Zahl ist also verhältnismäßig gering. Es sind auch nur Eisenbahnbeamte. Bis jetzt hat kein einziger anderer aus der Pfalz ausgewiesener Beamter die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten. Auch von den durch die Separatisten aus der Pfalz vertriebenen Beamten, deren Zahl etwa 150 ohne Familienangehörige beträgt, konnte bis zur Stunde noch kein einziger zurückkehren, da die französische Besatzungsbehörde sich bis jetzt geweigert hat, den Beamten Schutz gegen neue Gewaltmaßnahmen der Separatisten zu gewähren, obwohl der Artikel 5 des Rheinlandabkommens die deutsche Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet ausdrücklich garantiert und obwohl die Ausweisung der Beamten durch die Separatisten gegen das Rheinlandabkommen, also gegen internationalisiertes Recht verstoße, weil nach dem Rheinlandabkommen Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet nur durch Besatzungsbehörden erfolgen dürfen.

Auch die in der französischen Presse aufgestellte Behauptung, daß Frankreich im Stillen auf der ganzen Linie in der Pfalzfrage nachgäbe, ist falsch. Wenigstens ist davon in der Pfalz noch nicht das geringste zu spüren. Im Gegenteil, die Separatisten üben nach wie vor eine Schreckensherrschaft in der Pfalz aus, vertreiben immer mehr Beamte oder hindern sie an der Ausübung ihres Dienstes. Außerdem weisen verschiedene Anzeichen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die französische Regierung ihren Plan, die Befugnisse der Rheinlandkommission in der Pfalz zu erweitern und dadurch der französischen Besatzungsbehörde der Pfalz die Möglichkeit zu geben, anstelle der deutschen Beamenschaft die Verwaltung zu übernehmen, nicht aufgegeben hat, sondern ihn auf andere Weise in die Tat umzusetzen sucht. Die Vorgänge in der Stadt Pirmasens beweisen dies. Dort wurde mit Zustimmung der französischen Besatzungsbehörde die städtische Polizei von den Separatisten entlassen und vertrieben. Dadurch entstand ein chaotischer Zustand in Pirmasens, der es den Separatisten und ihrer Hintermänner der französischen Besatzungsbehörde ermöglichte, die ordnungsgemäße Stadtverwaltung vollständig zu beseitigen und an ihrer Stelle einen sog. Erwerbslosenrat zu setzen. Der Vorsitzende dieses schicksalhaften Erwerbslosenrates, deren Mitglieder rote Armbänder tragen, ist ein 18 Jahre alter Bürschke namens Behrend aus Dortmund. Diese unrechtmäßige Stadtverwaltung übt einen starken Terror auf die gesamte Bevölkerung aus. Die Stadträte wurden nachts aufs Rathaus geschleppt und gezwungen, an Sitzungen des Erwerbslosenrates teilzunehmen. Trotz der schwersten Bedrohung haben sich die Stadträte gemein-

ger, die Erwerbslosenunterstützung, die wegen der Eingriffe der Separatisten in die Stadtverwaltung gesperrt worden sind, an die Anhänger der Separatisten auszahlen zu lassen. Der französische Bezirksdelegierte, dessen Schutz auf Grund des Rheinlandabkommens von dem Stadtrat angerufen wurde, hat den Schutz mit der Begründung abgelehnt, daß er nicht über die nötige militärische Macht verfüge, um die Erwerbslosen im Zaume zu halten. Das ist natürlich nur ein Vorwand, denn die französische Besatzungsbehörde hat hiers dort über die nötige militärische Macht verfügt, wo es in ihrem Interesse lag, in „innerdeutsche“ Angelegenheiten einzugreifen. Die Verweigerung des Schutzes ist unstattehaft auf den französischen Provinzdelegierten General de Mes zurückzuführen, der ja vor dem Separatisteneinbruch und nach dem Scheitern der Aktion des Reichstagsabgeordneten Hoffmann wiederholt unumwunden erklärte, daß er jetzt alle Tüffel auf die Pfalz loslassen werde, um das Bürgertum mürbe zu machen, und daß er seine Soldaten in der Kammer zurückrufen werde, wenn es dem Bürgertum an den Krügen gehe.

Dieser Barmühsinnigkeit entspricht auch der durch die französischen Provinzdelegation mit Hilfe von Kommunisten in der Pfalz unternommene Versuch, unter der Arbeiterherrschaft Unzufriedenheit hervorzurufen und dadurch Streiks zu veranlassen. Auch dadurch soll die Ruhe und Ordnung in der Pfalz gestört und die Vorbedingungen geschaffen werden für das Einreifen der französischen Besatzungsbehörde. Auf diese Weise soll erneut der Versuch unternommen werden, die Rheinlandkommission für den französischen Plan der Erweiterung der Befugnisse der Rheinlandkommission in der Pfalz zu gewinnen, damit auf diese Weise die französische Regierung die Möglichkeit erhält, die gesamte Verwaltung in der Pfalz in die Hand zu bekommen.

\*

Besprechung der rheinischen Ausschüsse mit der Reichsregierung.

Berlin, 6. Febr. Wie das Tagblatt aus Köln meldet, begaben sich heute die Mitglieder des rheinischen Fünfkreisrätschusses und des rheinischen Städteausschusses zu einer Besprechung mit der Reichsregierung nach Berlin.

Eine Pfalzwoche des bayerischen Hilfswerts.

München, 7. Febr. Die Wächter, im ganzen Deutschen Reich am 17. Februar eine große Pfalz-Rundgebung zu veranstalten, begegnet sich mit den umfassenden Vorbereitungen, die seit langer Zeit von dem bayerischen Hilfswert zu einer in der Zeit vom 15. bis 30. März zu veranstaltenden Pfalz-Woche getroffen werden. In dieser Zeit werden die sämtlichen im bayerischen Hilfswert zusammengeschlossenen Organisationen, unterstützt durch die Mitglieder der vaterländischen Verbände, ihre Kräfte zur Erzielung eines möglichst reichen Sammelergebnisses zur Vinderung von Not und Elend in der Pfalz verwenden.

Deutsches Reich

Die Geldbewegung in der Reichshauptkasse.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) In der Zeit vom 1. bis 31. Januar betragen bei der Reichshauptkasse die Einzahlungen und Steuer- und Zolleingänge 188,8 Trillionen, die Auszahlungen für allgemeine Ausgaben 190,1 Trillionen M., so daß sich ein Zahlungsbetrag von 10,3 Trillionen M. ergibt. Dieser erhöht sich damit seit dem 16. November 1923 auf 628,9 Trillionen.

Brennienfidelungsverordnung.

Berlin, 6. Febr. Das Reichskabinett hat den Entwurf einer Brennienfidelungsverordnung angenommen, die bezweckt, Barteigeldempfänger und Beamten, die auf Grund der Personalausweisverordnung in den dauernden Ruhe-

stand versetzt worden sind, den Erwerb und die Bebauung von Grundeigentum zu Garten- und landwirtschaftlicher Siedelung zu erleichtern.

Politische Aussprache im bayerischen Landtag.

München, 7. Febr. Im bayerischen Landtag wurde gestern die politische Aussprache über den Ausnahmezustand, die Wahlfreiheit usw. wieder aufgenommen. Dabei erklärte Abgeordneter Feld (Bayer. Vpt.) u. a., daß die politische Bewegung keinen Freibrief habe, in Bayern Unordnung schaffen zu dürfen. Er bezeichnete es als Wärschen, daß in Bayern auf eine Donau-Monarchie hingearbeitet werde. Die Weimarer Verfassung sei eine Quelle ständiger Beunruhigung. Unter dem Decknamen „völkische Bewegung“ verberge sich kulturkämpferische Stimmung. Für die Bayerische Mittelpartei erklärte Abgeordneter Großmann, daß der meiste größte Teil Bayerns von einem Kulturkampf nichts wissen wolle. Völkisch sei nicht gleichbedeutend mit radikal-revolutionär. Zu beklagen sei die große Unklarheit bei Durchführung der Verfügungen des Generalkommissars. Scharfe Angriffe richtete wieder der völkische Abgeordnete Roth auf den bayerischen Generalstaatskommissar v. Kahr, der seine diktatorischen Maßnahmen immer noch fortsetze, bei der Schutzhaft die Gehele verlege und eine Person und seine Maßnahmen mit einem Schutz umfende, der noch über den der Reichsstaatskommissarparagrafen hinausgehe.

Eine kommunistische Stadtverordnetenfraktion verhaftet.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Dem Würzener Tageblatt zufolge ist die aus fünf Mitgliedern bestehende kommunistische Stadtverordnetenfraktion auf Grund einer in der letzten Sitzung abgegebenen Erklärung, in der zum bewaffneten Widerstand aufgerufen wurde, durch die Landespolizei verhaftet worden.

Die Mietervereine fordern eine Volksabstimmung.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Der Bund der deutschen Mietervereine hat einen Antrag auf Volksabstimmung für drei Gesetzesentwürfe beim Reichsminister des Innern eingereicht. Die drei Entwürfe betreffen die Regelung der Wohn- und Bodenwirtschaft unter dem Motto: Gegen die Soldatenn, für den Wohnungsbau, keine Aufwertung!

Indeziffern.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Indeziffer für den 4. Februar: 1,04-billionenfache der Vorkriegszeit. In der Vormoche betrug die Indeziffer das 1,06-billionenfache. Der Großhandelsindex für den 2. Februar auf 113,9 berechnet. Am 20. Januar 114,8. Der Rückgang ist durch die Senkung der Aktienpreise und der Lebensmittelpreise verursacht.

Badische Politik

Zur Aufwertungsfrage.

Zur Frage der Aufwertung von Hypotheken haben die Abgeordneten der badischen Zentrumskammer des Landtags ein Schreiben an den Reichsfinanzminister und den Reichsfinanzminister gerichtet, worin mit Nachdruck der Antrag vom 21. Dezember 1923 und die dringende Bitte wiederholt wird, der Aufwertung nicht die Grenze von 10 Prozent und nicht den Termin vom 31. Dezember 1923 zu setzen. Diese Beschränkung verleihe das ewige, natürliche und sittliche Recht, es raube den Gläubigern die Rechtsicherheit und vernichte den Sparfuss; sie untergrabe die Stille der Reichsverfassung (Artikel 153) und das Vertrauen zur Reichsregierung, die sie vollende das Elend der Rentner, Mängel, Stiftungen und Anstalten. Sie sei nicht nachträglich schlimmer Art. Das Wort „Aufwertung“ sei wirtschaftlich falsch. Nicht um Aufwertung, sondern um Wertverhaltung oder Wertverrichtung handelt es sich für den Einzelnen.

Zur Thoma-Ausstellung in Basel.

Die Thoma-Ausstellung zu Basel, die zu einer Art Dankesgebärde der Stadt Karlsruhe erweitert worden ist, hat über diesen Zweck hinaus ihre künstlerische und menschliche Bedeutung und ihren Wert an sich. Das wird in all den mir zu Gesicht gekommenen privaten und öffentlichen Verkaufsanzeigen anerkannt. In der Geschichte der Thoma-Ausstellungen, die für die Schriftwerke folgende Anerkennung der Thomatischen Kunst von einschneidender Bedeutung sind, ist sie die vierte außerdeutsche Veranstaltung der Zeit nach dem Umfang ihrer Darbietung nach aber wohl die bedeutendste. Die Raumverhältnisse haben es leider nicht zugelassen, daß neben dem Querschnitt durch das Malwerk und das gezeichnete Schaffen Thomas auch nur ein kleiner Teil des ungewöhnlich starken und bedeutungsvollen graphischen Werkes und seiner kunstgewerblichen Arbeiten zur Schau gebracht werden konnte. Es ist keine Frage, daß erst ein Ueberblick über das gesamte Lebenswerk, das alle Register des Kunstschaffens — der hohen und der angeregten Kunst, einschließlich der literarischen Neuerungen — erklingen läßt, den vollen Eindruck von der unerhöplich reichen und ursprünglichen Künstlernatur und Persönlichkeit Thomases geben kann und gibt. Ein solcher Gesamtüberblick, eine Notwendigkeit, wenn man Thomases Einzigkeit als Künstler und Mensch endlich „verstehen“ können und anerkennen will, würde all den beengenden Einschränkungen Thomases, der bald als Maler, bald als Graphiker, bald als Kunstgewerbetler, bald als Dichter und auch als Denker gewertet zu werden pflegt, mit einem Schlag ein Ende bereiten und das Außerordentliche der Erscheinung Thomases in unserer Zeit und unserem Kunstleben klar und unüberleglich überzeugend darstellen. Wo findet sich ein Platz, dieses himmlische Goldstück deutscher Kultur und Kunst im sonst ja verarmten und entgötterten Deutschland auszubringen, wo die Gelegenheit, diese Kulturart mutig aus dem engen Bereich der sogen. Kunstpflege-

rischen Interessen in die Wohltat völkischer Erbauung und Erhebung umzuwandeln?

Diese Fragen tauchen unwillkürlich auf, wenn man den Inhalt des Basler Katalogs durchblättert und seine wegweisenden Angaben über das Schaffen Thomases im Geiste ergänzend an seinem inneren Auge vorüberziehen läßt. Denn auch diese wohlgeordnete Ausstellung ist mehr als eine Schauhallung Thomatischer Kunstwerke in Malerei und Zeichnung. Sie ist vielmehr — wie jede Thomaveranstaltung — eine ernste Frage an das künstlerische und kulturelle Gewissen unserer Zeit und ihrer leitenden Mächte — zumindest in Deutschland. Denn das Werk Thomases ist nicht etwa nur die Auswirkung von künstlerischem Können und von Kunstverständnis, also Sache einer glücklichen Begabung, sondern es quillt aus den geheimnisvollen und verborgenen Tiefen uralter Kräfte, die mit der Unbefangenen und Unschuld des Kindesinnes Gestalt wurden. Vom ersten bis zum letzten Werk Thomases breitet sich ein himmlischer Friede; nirgends etwas Gewolltes oder gar die Eitelkeit, die mit künstlichen „gefärbten“ verteilten Farbenflecken, „miskler“ Technik, Künzner oder schönheitsvoller „Antieführung“ arbeitet. Sondern alles und jedes kommt aus der inneren Notwendigkeit, die traumwandlerisch das Unbewusste mit absoluter Sicherheit macht und gestaltet. So ist schon in der „Bauerntanzmusik“ (1868, Nr. 1, Malerei) die ganze seltsame Poesie der Heimatlandschaft, die Thoma dann in Hunderten von Abwandlungen immer wieder neu zu formen weiß. Und ebenso offenbar sich in „Agathe“ (1863, Nr. 18, Thoma) die ganze verbe Größe und Selbständigkeit seiner Figuralkunst, die so eigenartig in Farbe und Form und Inhalt quer zur Kunst seiner Zeit steht. Die Schicksalsmächte, die ein Volk besiedeln, lebenden eben keine Alltäglichkeiten, sondern überhöhten unter blendenden Blitzen die begnadete Menschheit mit neuem Licht.

In all der geschwollenen Künstlichkeit seiner Zeit, die sich noch in gemalten Strichfäden und unfähiger Geschicklichkeit ausgab, schuf Thoma die einfachsten Stoffe — Gestein mit

Gräsern, Waldstuden, Vögel, Bauernmädchen usw. — zu zauberhaften Kunstwerken. Man darf angesichts solcher Werke noch gar nicht von großer Naturanschauung, von kosmischem Weltgefühl sprechen. Es ist einfach die große Persönlichkeit, die hinter dem Werk steht und das einfach Gegenständliche ins Allgemeine erhebt. Die Persönlichkeit und ihre feine Kraft und Größe geben den Farbenklängen, den Linienzügen, den Rhythmen und Rhythmen, den Gegenständen des Bildes ihr besonderes und dieser Kunst eigenartliches Leben, das lebt wie ein zeitloses Wunder vor uns steht und in jedem einzelnen Werk und in jeder Phase seiner Entwicklung vor uns sichtbar wird. Dieses Daimonion schuf das Werk Thomases.

Es wäre gar nicht denkbar, daß ein Sterblicher mit den nur handwerklich natürlichen Gaben und Talenten zur Kunst diese Tausende von Gemälden und Zeichnungen und die Hunderte von Lithographien und Radierungen, sowie die vielen Bände von Lebens- und Seelenbekenntnissen geschaffen hätte.

Ein weiterer Glücksfall, wenn man darin nicht auch einen Ausfluß seines Daimons sehen will, ist die unerbittliche Treue Thomases zu seiner Verfassung. Sie trug ihn wohl nicht zum Glück, aber doch unerbittlich, durch alle die Jahre der Not, der Verurteilung, der Misachtung und Misgunst, ohne daß die zartempfindende Künstlerseele je einen Aufkeim, ja auch nur einen Reiz in seinem Wert vor sich gegeben hätte. Gott gab ihm, zu sagen, was ihn freute; es war eben sein Kunstschaffen das Brot seines Lebens. Wie war in Thoma ein Bruch vorhanden, weder mit der Natur, noch mit dem Leben, noch mit der Kunst. Der schöne Götterfunke Freude glänzt in jedem seiner Werke. Deshalb bringt dieses Werk auch jedem unvoreingenommenen und unbefangenen Betrachter Freude und gibt ihm den Frieden, aus dem es geschaffen ist. Wo könnte sich mehr Liebe offenbaren, als „Unter dem Kiebel“ (1871, Nr. 30, Radier) oder im „Frühlingsreigen“ (1873, Nr. 41, Radierung), wo mehr innere

Freiheit als in „Goldene Zeit“ (1876, Nr. 52), in „Amor und Tod“ (1877, Nr. 50), in Nr. 111 „Auf dem Heimweg“ usw. — um nur einige Werke aus dem reichen Schatz zu nennen? Die Künstlerkraft der früheren Jahre zeigt eine deutliche Wendung zur Vergeistlichung des Kunstschaffens. Aus dem Reichtum und der Vielfältigkeit der Mannesjahre mit ihrem bewundernden Blick auf die Wolke und Farbengebung geht der meisterliche Beherrcher aller Ausdrucksmittel zu immer größerer Einfachheit und zu vielfacher Gedrängtheit über. So eine Schöpfung, wie die Reitererinnerung „Lauterbrunnener“ (Nr. 123, 1894), oder in „Aufschiebung Christi“ (Nr. 139), oder gar die „Mondscheneinlandschaft“ (Nr. 149) und zuletzt die „Bernauer Landschaft“ (Nr. 152), sind bis ins Mystische gehende Verkörperungen des Bildhaften und „Bewußten“, unbegreiflich hohe Werke einer naturgebundenen, geistesfreien Seele. Jedes Wort ist zu jenseits, um die Kunst jeder Seelenprobe auszudrücken. Es sind Plänen in Farben.

Als eine ganz wesentliche und vielfache Ausgestaltung der Ausstellung müssen die Aquarelle und Zeichnungen angesehen werden. Nicht etwa, weil sie anderes sagen, als die Malereien, sondern weil sie durch ihre Zeichnung die Zeichnungen insbesondere zeigen die innige Naturverbundenheit Thomases und seinen Gestaltersinn aufs deutlichste. Seine Zeichnungen, die nicht völlig bildmäßig-titelhaft behauptet wäre und zugleich doch die Räume und Massen anordnungen und Hell-Dunkelwirkungen im malerischen Sinne erkennen ließe. Welch ein Gefühl im technischen Ausdruck und welche eine Sicherheit in der Materialsprache bei aller Einfachheit des Vortrags. Kein Ende des Vergleichens und Genießens.

All das wirkt mit der Selbstverständlichkeit eines Naturgeschehens aus den Werken aus den Beschauer. Nirgends die feine Verstofflichtheit, nirgends ein Fremden mit dem können, einfachen, friedlichen Ausströmen von innerlich Er-

Unsere Reichswehr in Thüringen.

In den letzten Wochen sind die meisten der in Sachsen und Thüringen eingeleiteten badi- schen Teile der Reichswehr in ihre Standorte zurückbeordert worden.

Wir haben uns nach der Tätigkeit unserer Truppen in Thüringen und nach der Aufnahme, die sie dort fanden, erkundigt und zu unserer Freude feststellen können, daß die Truppen von allen ordnungsliebenden Kreisen mit großer Genugung und Freude, ja geradezu begeistert aufgenommen wurden.

Es liegen uns von verschiedenen Seiten Nachrichten darüber vor, wie wertvoll gerade die unparteiliche, weil unpolitische, Tätigkeit der Reichswehrtruppenteile in den vielen wirtschaftlichen Sorgen und Streitigkeiten während der letzten Monate des Ausnahmestandes gewesen ist.

Daß auch gerade unsere badi- schen Reichswehrtteile hierbei große Erfolge aufzuweisen haben, beweist ein Tagesbefehl des militärischen Befehlshabers in Thüringen General Haffe, in dem als besonders lobenswert hervorgehoben wird, daß die Truppen in weitestgehendem Maße bemüht waren, durch Einrichtung von Küchen, Verteilung von Lebensmitteln, Sammeln von Geld und Veranlassen von Wohltätigkeitskonzerten die allgemeine Not zu lindern.

Zum Schluß noch ein Zeugnis aus der Thüringer Presse, dem „Schmoller Tageblatt“, das den Konstantz Bäcker nach ihrem Scheiden warme Worte des Dankes für ihren Schutz wie für Anregung und Durchführung eines Hilfsvereins spendet.

Berschiedene Drahtmeldungen

Wien, 6. Febr. (Drahtber.) Wie eine amtliche Nachrichtenstelle aus Bukarest meldet, wurde in dem Gedanken- und Willens-Verständnis zwischen Österreich und Rumänien die freundschaftlichen Beziehungen festgelegt.

Der Stadt Basel aber sei nochmals Dank gesagt für das, was sie auch uns Deutschen und unserer Kunst durch die Darbietung so zahlreicher Thomasther Werke erneut geschenkt hat.

Theater und Musik

Ludwig Geyer, dessen Kunst hier schon wohl- bekannt und geschätzt ist, gehört zu den Lauten- künftlern, die weniger durch starke mimische Begabung als vielmehr durch ein hübsches und gut gepflegtes Gesangs-talent erfreuen.

lich kamen die beiden Regierungen überein, so schnell wie möglich eine Kommission einzusetzen, um die verschiedenen, zwischen den beiden Staaten noch schwebenden Fragen in freundschaftlichem Geiste einer Regelung zuzuführen.

Drahtlicher Spätnachtdienst

Ein französischer Plan für eine deutsche Goldnotenbank.

Berlin, 6. Febr. (Eig. Drahtber.) Das Echo de Paris meldet, daß ein Plan des französischen Sachverständigen Parmentier für die Errichtung einer Goldnotenbank in Deutschland von der deutschen Regierung angenommen worden sei.

Die Tätigkeit der Sachverständigen. Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der Ausschuss Dawes heute seine Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Theater und Musik

Ludwig Geyer, dessen Kunst hier schon wohl- bekannt und geschätzt ist, gehört zu den Lauten- künftlern, die weniger durch starke mimische Begabung als vielmehr durch ein hübsches und gut gepflegtes Gesangs-talent erfreuen.

Auswertung auf der Germania-Werke.

Berlin, 6. Febr. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Kiel meldet, ist es auf der Kruppischen Germania-Werke zu einem Konflikt zwischen der Arbeiterchaft und der Werkleitung wegen der Frage der Leistungen von Überstunden gekommen.

Drahtlicher Spätnachtdienst

Ein französischer Plan für eine deutsche Goldnotenbank.

Berlin, 6. Febr. (Eig. Drahtber.) Das Echo de Paris meldet, daß ein Plan des französischen Sachverständigen Parmentier für die Errichtung einer Goldnotenbank in Deutschland von der deutschen Regierung angenommen worden sei.

Die Tätigkeit der Sachverständigen. Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der Ausschuss Dawes heute seine Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Ein französisches Interview mit Thyssen. In Paris, 6. Febr. Das Journal des Debats veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Herrn Thyssen.

Theater und Musik

Ludwig Geyer, dessen Kunst hier schon wohl- bekannt und geschätzt ist, gehört zu den Lauten- künftlern, die weniger durch starke mimische Begabung als vielmehr durch ein hübsches und gut gepflegtes Gesangs-talent erfreuen.

Arbeiter mit Ausnahme der Lehrlinge und der Kriegsbeschädigten zu entlassen, und die Wert von heute ab zu schließen.

Bunte Chronik

Vom Philosophieprofessor zum Mäurerhauptmann. Bei einem Zusammenreffen mit den ihn verfolgenden Soldaten wurde der gefährliche serbische Bandenchef Kuipopowitsch erschossen.

Ein hierloses Großherzogtum. Alle Bierfreunde sind dringend vor einer Reite nach Luxemburg zu warnen. Dort herrscht nämlich seit dem 1. Februar eine absolute Bierölde.

Bei einer Filmaufnahme von einem Löwen zerrissen. Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Rom drang bei den Proben zu dem neuen Film „Duo vadis“.

Sturmflut in Hamburg.

Hamburg, 6. Febr. Infolge eines heftigen Nordweststurmes, der gestern nachmittag einsetzte und um 11 Uhr abends eine Stärke bis über 25 Sekundometer erreichte.

Geschäftliche Mitteilungen.

Zu den Erzeugnissen, die auch in teuren Zeiten gern gekauft werden, gehören Magal's Würste, Magal's Suppen, Magal's Fleischbrühen.

Nächtlicher Spuk.

Voraus der Brauttraum, läßt geschwungen darnach das Mädchen ernumftunken, hierauf die Taute, voll Begehrum.

Da fuhren hoch die alten Eieker, die „Wohlverdiente-Ruh“ genießer, voll Schred an dem beheimten Schlaf.

Hör doch, Kathrine, welches Singen! Ich, was wird dies dem Städtchen bringen?

Es schimpften bang die Guldenzähler die „breiten Wea des Lebens“ Wähler

Sie ahnten nicht im Schlafentriebe, daß unter uns der Gott der Liebe zwei junge Herzen fest verflochten

Karl Jäger, Erlberg.

Jackie Coogan

Gesichts ausschlag

Empfehlungen

Im Süden

Neue Biotreben

Taschen-Uhren

Urteil des Wuchergerichts Karlsruhe.

Der Kampf um den Nordpol!

Lichtbildvortrag von Herrn Dr. Fr. Gautier

H. Volk, Dentist

Kartoffel-Verkauf

Friedrich Schaack

Danzas & Co. G.m.b.H. Internationale Transporte.

Export, Import, Uebersee-Verkehre, Versicherungen.

Wieder erschienen: Kochbuch der Koch- und Haushaltungsschule

Larry Semon Zum „Felseneck“ Heute Schlachtfest.

KARL JOCK JUWELIER BESTECKE IN ECHT SILBER UND STÄRKSTER SILBERAUFLAGE.

Gnädige Frau! Nun lösen Sie ein halbes Pfund „Rennerts Seifenpulver“

Zum Bremer Eck Heute großes Schlachtfest

„Grüner Baum“ Durlacher Tor. Heute Donnerstag, 7. Februar

Männergesangverein Karlsruhe e. V. Kostümball

RESI-Lichtspiele Waldstraße Ab heute: JACKIE COOGAN

Badisches Landestheater. Donnerstag, 7. Februar 7 bis gegen 10 Uhr

Das Wunderkind

Hermann Grau Prima Schweine-Schmalz

TANZ-Lothrastitut J. Braunagel

Festhalle Sonntags-Konzert Großer Tanzabend

Gesellschaftsreisen 1924 20tägige Spanienreise

Billig und gut kaufen Sie Kinderwagen

Abonnenten berücksichtigen bei Einkäufen die Inserenten des Karlsruher Tagblatts.

ungarische Eier werden Freitag Ludwigplatz

Druckarbeiten werden rasch u. preiswert

Länge in der Nacht. Roman von Otto Lothar Niemann.

Viktoria Regina war ihm langsam gefolgt. Ihre kurze, silbergekleidete Schleppe

Schweig er sich aus. Und alle diskreten Nachforschungen ergaben nicht viel.

Viebeln, Terrassen und hohen Bogensegmenten. Eine jähmal weiße Fahne

# Die Neuordnung der Strafgerichte.

III.

Die schärfste Kritik steht bei der dritten Hauptreform, d. h. der Umgestaltung des Schwurgerichts, ein. Es ist das zu einem guten Teil aus historischen Bindungen zu erklären. Der Freiheitsbewegung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war das Schwurgericht eine der dringlichsten Forderungen. Sie durchzusetzen, erschien damals in der Tat als die erste Voraussetzung einer volkstümlichen Gestaltung der Rechtspflege. Wer heute für Erhaltung des Schwurgerichts in seiner geschichtlichen Form kämpft, der überfiehet einmal, daß inzwischen die Laien in die Gerichte auf allen möglichen anderen Wegen eingezogen sind und sich nun bald ein halbes Jahrhundert in der Form der Schöffen auf das Beste bewährt haben, so daß seit 1918 der Dringlichkeitsnahe durch den Volksstaat ersetzt worden ist, daß auch die Ernennung des Berufsrichters nicht mehr ein ausschließliches Recht eines der Volksvertretung nicht verantwortlichen Souveräns ist, sondern durch eine parlamentarisch verantwortliche Regierung erfolgt und endlich, daß das Schwurgericht, so wie es bei uns organisiert war, sich immer mehr als ein wenig gelungener Abklatsch französischer Einrichtungen herausgestellt hat, an dem gerade in den letzten Jahren von allen Seiten, auch von den Politikern, deren Vorjahren Vorläufer für das Schwurgericht gewesen sind, mit Recht härteste Kritik geübt worden ist.

Nach genauerer Betrachtung erschließt sich in der Tat das Schwurgericht als ein Gericht und eine Prozedur von geradezu bürokratischer Starrheit; wer einmal bei der Aburteilung eines Falles von betrügerischen Bankrott oder von Fälschung öffentlicher Urkunden oder von Unterschlagung im Amt oder auch von Mord mitgewirkt und erfahren hat, wie die verschiedenen juristischen Möglichkeiten eines solchen Tatbestandes in der Fragestellung ausgehöhlt werden, und wie dabei ein Gebilde von wahrhaft gigantischer, konstruktionsjuristischer Spitzfindigkeit herauskommt, wie die Geschworenen vor diesem auch für den gebildeten Juristen kaum entwirrbaren Monstrum von Fragen und Eventualfragen stehen, wie der Vorsitzende — ohne das Tatsächliche des Falles einer Erörterung zu unterziehen; das ist ihm ja gesetzlich verboten — sich im Schwere seines Angechits abmüht, den Geschworenen über einen juristischen Tatbestand, zu dessen Beherrschung der junge Jurist viele Kollegienstunden hören muß, in 2 bis höchstens 3 Stunden eine klare Vorstellung zu verschaffen, der er erkennt, daß hier in vielen Fällen nicht gerurteilt, d. h. auf Grund klarer, rechtlicher und tatsächlicher Erfassung des Sachverhalts entschieden, sondern um das Schicksal eines Menschen, vielleicht eines Menschenlebens auf der Linie, und um die Sicherheit der Allgemeinheit auf der anderen Seite — geht es.

Wichtig ist beiläufig dieses Wesen des bisherigen Schwurgerichts eine Neuerung, die dem Verfasser dieser Tage als Ausdruck eines hochangesehenen und besonders erfahrenen Verteidigers berichtet wurde, und die etwa dahin gelautet haben soll, daß der Betroffene für einen ja halben Klienten das Schwurgericht der Strafkammer vorziehe, für einen ungeschulten aber im Schwurgericht stets die schwersten Bedenken habe. Die Schärfe dieser Kritik an einem Strafgericht ist wohl nicht mehr zu überbieten.

Zu diesen schweren Schattenseiten des eigentlichen Schwurgerichtlichen Verfahrens kommt aber auch noch die Beschränkung der Anfechtbarkeit der Schwurgerichtlichen Urteile. Denn da die Geschworenen ihren Wahrspruch nicht begründen dürfen und sich die Vorgänge in der Beratungszimmer jeder Kontrolle entziehen, so konnte der Verteidiger das Urteil nicht mit der Revision unter der Begründung anfechten, die Geschworenen hätten auf den festgestellten Sachverhalt ein falsches Gesetz oder das Gesetz unrichtig angewendet; er war vielmehr genötigt, das Verfahren nach irgend welchen, an sich oft ganz belanglosen Verhören gegen eine Verfahrensirrung vorzutragen zu durchzuführen. Das gelang ihm regelmäßig dann nicht, wenn ein routinierter Vorsitzender die Verhandlung geleitet hatte, es gelang ihm vielfach dann, wenn der Vorsitz in der Hand eines formenungeübten oder ängstlichen Richters gelegen hatte, obwohl die Vereingenschaftung des Vorsitzenden ohne jede Bedeutung für den Wahrspruch der Geschworenen ist, da er ja bei dessen Zustandekommen nicht mitwirkt. Es ist demnach auch in Ansehung der Rechtsmittel das Schicksal des Angeklagten vielfach dem Zufall anheimgegeben.

Und nun vergleiche man mit diesem bisherigen Schwurgericht einmal das künftige. Die Richterbank ist besetzt mit 3 Richtern und 6 Geschworenen. Die Geschworenen wirken bei allen Entscheidungen mit gleichem Stimmrecht wie die Richter mit, also nicht nur wie bisher beim Schuldpruch, sondern auch bei den oft fast ebenso wichtigen Entscheidungen über den Umfang der Beweisaufnahme, die Beidigung von Zeugen und, insbesondere auch bei der Strafbesetzung. An Stelle des Frage- und Antwortspiels und der in spanische Stiefel eingeklemmten Rechtsbelehrung tritt die lebendige Wechselrede der Beratung. Und dabei sind die Geschworenen zahlenmäßig so stark (2/3 Mehrheit), daß jede Entscheidung in ihre Hände gelegt ist. In alledem tritt schließlich eine unbeschränkte rechtliche Nachprüfung in der Revision ein. Stärkere Garantien für eine volkstümliche und zugleich richtige Rechtsprechung sind nicht ausdenkbar, wenn man nicht bereit ist, die Nichtigkeit der Volkstümlichkeit zu wipern. Gleich harte Garantien wären auch nicht durch eine Annahme der Vorschläge zu schaffen, die jetzt von den Kritikern der Reform gemacht werden, die an sich der Erkenntnis der Mängel des bisherigen Verfahrens sich nicht völlig verschließen. Man empfindet auf dieser Seite zur Verbesserung des Schwurgerichts vor

allem die Auswahl der Geschworenen aus allen Volksschichten und eine gewisse juristische Vorbildung der Geschworenen durch Unterrichtsstufe undgl. Die erste Forderung ist soweit als tunlich erfüllt. Die Justizverwaltungen haben schon bisher händia die Auswahl der Geschworenen in diesem Sinne so nachhaltig als möglich zu beeinflussen gesucht, und wer die Geschworenenlisten der letzten Jahre durchsieht, wird zugeben müssen, daß diese Versuche erfolgreich gewesen sind. Dazu kommt, daß künftig die Auswahl der Geschworenen, die bisher teilweise einem Kollegium von Berufsrichtern oblag, ganz in die Hände der Vertrauensausschüsse, also von Laien gelegt ist, die bei uns in Baden der Bezirksrat, also ein aus allgemeiner, gleicher und direkter Verhältniswahl hervorgehendes Gremium wählt. Die zweite Forderung aber, d. h. die nach juristischer Vorbildung der Geschworenen, läßt im Effekt auf den Erfolg unbedingener, lediglich mit gesundem Menschenverstand und normaler Denkfähigkeit ausgestattet, das Recht intuitiv findender und gerade deshalb „volkstümlich“ im besten Sinne des Worts wirkender Laienrichter durch juristische Kurpfuscher, die mit derselben einseitigen Unbelehrbarkeit und Voreingenommenheit an die Kriminalfälle herantraten würden, wie so mancher ihrer medizinischen Kollegen an die Krankheiten.

Neben den im Vorstehenden besprochenen grundlegenden Reformen enthält die Verordnung noch eine Anzahl anderer Änderungen des geltenden Rechts. Sie bringen teils die Erfüllung schon lange in der Praxis der Gerichte hervorgetretener Wünsche, teils gelangen in ihnen neuartige Rechtsgedanken zum Ausdruck, deren praktische Verwendbarkeit sich erst bewähren muß. Grundfällige Bedeutung kommt ihnen jedoch nicht zu; Richtlinien für die künftige Rechtsentwicklung sind in ihnen vorerst nicht enthalten; leisten sie nicht das, was man sich von ihnen verspricht, so wird man sie bei der nächsten Gelegenheit über Bord gehen lassen. Sie interessieren daher auch in der Hauptsache nur den Fachmann; sie hier auch noch zu besprechen, würde über den Zweck dieser Darlegungen weit hinausführen.

Es sollten hier nur die großen Richtlinien des Reformversuchs gezeigt werden, in denen die künftige Entwicklung des Strafprozesses in die Erscheinung tritt, und es sollte dargetan werden, daß die Kritik und insbesondere der Vorwurf reaktionärer Tendenz ruhiger, leidenschaftsloser Betrachtung nicht standhält. Wenn es anerkunden gelungen ist, dem Leser zu zeigen, daß die Reform nicht nur den ausgebildeten finanziellen Bedürfnissen Rechnung trägt, sondern darüber hinaus unter Strafverfahren praktisch brauchbarer macht, die in Deutschland alt erprobte Mitwirkung der Laien als Schöffen nicht nur erhält, sondern in Ansehung der Zuständigkeit und des Instanzenzugs beträchtlich ausdehnt und dem Schwurgericht eine Gestalt gibt, in der der Laieneinfluß nicht wesentlich gemindert, die Möglichkeit von Zufallsentscheidungen aber ausgemerzt ist, so haben diese Zeilen ihre Schuldigkeit getan.

## Aus Baden

— **Malb. 6. Etlingen, 6. Febr.** In den letzten Tagen wurden hier sieben Personen wegen Verberns verurteilt. Dem Forstwart von Wildbach war es gelungen, die Wilderer aufzuspüren und ihre Verhaftung zu ermöglichen.

— **Odenheim (Amt Bruchsal), 6. Febr.** Aus Furch vor Strafe wegen Verjährungs Sohn des Schreinermeisters Josef Rauch am 29. vorigen Monats von Hause entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Man weiß nicht, ob er sich ein Leid zugezogen hat oder das Opfer eines Unfalls geworden ist.

— **Pforzheim, 6. Febr.** Die Brennholzversteigerungen des hiesigen Forstamts im Staatswald Hagenschieß fanden unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Ueber 400 Kauflustige aus der näheren und weiteren Umgebung von Pforzheim hatten sich zu der Versteigerung eingefunden. Da die zum Verkauf gestellten Lose die Nachfrage bei weitem nicht zu decken vermochten, trat eine teilweise ungesunde gegenseitige Ueberbietung ein.

— **Pforzheim, 6. Febr.** Durch das Appenzeler Hilfskomitee für die deutsche Not in Herisau erhielt die Stadt in den letzten Tagen 52 Ästen und 15 Sacke Lebensmittel und Kleider zugesandt.

— **Bretten, 6. Febr.** In den letzten Tagen fanden in Bössingen und Bauerbach Versammlungen der ländlichen Kreditvereine statt. Der Verband bad. landw. Genossenschaften in Karlsruhe sandte als Referenten Bezirksleiter Heeb. Die beiden Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, ein Beweis, daß großes Interesse für die Kreditkassen sowohl als auch für das Thema „Die Aufwertung der Sparanlagen“ besteht. Die Anwesenden waren der Ansicht, daß, ganz abgesehen davon, ob die Aufwertung den Sparanlegern etwas bietet oder nicht, die Kreditkassen wieder in Betrieb zu setzen sind. Insbesondere war man mit Festsetzung des neuen Geschäftsjahrs auf 100 Rentenmark und einer entsprechenden Einzahlung einverstanden. Die beiden Genossenschaften werden allen übrigen Kreditvereinen als Vorbild empfohlen.

— **Heidelberg, 6. Febr.** Das Fest der goldenen Hochzeit konnten heute die Eheleute Jakob Kabe in Schönau bei Heidelberg begehen.

— **Mannheim, 6. Febr.** Hier wird im Rahmen der Tagung der süddeutschen Presse am Samstag, 1. März, eine Sonderkundgebung für die Pflanz stattfinden. Der Reichspräsident, der Reichszentraler und der Reichsminister des Innern haben ihre Teilnahme zugesagt und werden Ansprachen halten.

— **Mannheim, 6. Febr.** In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr war hier eine seltsame Naturerscheinung, ein hartes magnetisches Gewitter, zu beobachten. Das Türmen einer Villa erstrahlte längere Zeit im Glanz-

feuer; die Ausstrahlungen, die von den einzelnen Kranzhaben des Türmens in die Nacht blitzten, waren etwa einen Meter lang.

— **Niederschwarzbach, 6. Febr.** Durch das letzte Brandunglück, das die zusammengebauten Häuser des Landwirts Wilhelm Bähle, Ernst Albrecht und der Witwe Peis betroffen hatte, sind vier Familien bzw. 25 Personen obdachlos geworden, die von hilfsbereiten Ortseinwohnern aufgenommen wurden. Das Brandunglück ist nicht, wie vermutet, auf Entzündung der Äsche zurückzuführen. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch unbekannt.

— **Müllheim, 6. Febr.** In der Nähe des Bahnhofs hat die Badische Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft G. m. b. H. Karlsruhe von Privatier Albert Frankenhorn ein Gelände von 15 Ar für 8000 Goldmark erworben. Der gezahlte Preis von 4 M pro Quadratmeter beträgt etwa das Zehnfache des Vorkriegsmerkes, ein Zeichen, wie durch Entziehung eines Industrieertrags beim Grenzort Reutenburg der Bodenwert in die Höhe schnell. Wie man hört, plant die Genossenschaft auf dem Plage die Errichtung einer großen Lagerhalle.

— **Konstanz, 6. Febr.** Der frühere hiesige Oberbürgermeister, Minister a. D. Dietrich, hat der „Konstanzer Zeitung“ mitgeteilt, er habe beim zuständigen Ministerium in Berlin die Auskunft erhalten, daß vorerst an eine Aufhebung der Oberpostdirektion Konstanz nicht gedacht wird.

## Zum Tode von Geh. Rat Dr. ing. h. c. Adolf Wasmer.

Mit dem am 24. Januar im 82. Lebensjahr an den Folgen eines Unfalles verstorbenen Geh. Rat Wasmer ist eine der markantesten Gestalten der Reihe der leitenden technischen Beamten der ehemals badischen Staatsbahnen dahingegangen. Geh. Rat Wasmer wurde 1842 in Karlsruhe geboren. Nach vollendetem Studium wurde der Bestorbene mit Arbeiten für Bahnbauten beauftragt. 1881 wurde Wasmer der Generaldirektion in Karlsruhe als Zentralinspektor zugeteilt. Von ihm rühren u. a. die ersten Entwürfe für die Murgalbbahn Weisenbach-Landesgrenze und die Bahn Tilsit-St. Blasien, sowie für den neuen Personenbahnhof in Karlsruhe her. Die bedeutendsten Werke, die noch seinem Entwurf und unter seiner Leitung in den letzten Jahren entstanden, sind der neue Rangierbahnhof in Mannheim (eröffnet im Frühjahr 1906) und die neuen Bahnhof-Anlagen in Heidelberg.

In die Zeit, während der Geh. Rat Wasmer der Bauabteilung der Generaldirektion der Staatsbahnen vorstand, fällt die ausgedehnte Bautätigkeit im ganzen badischen Bahnnetz, die außer den vorgenannten seiner Leitung unmittelbar unterstehenden Bauten seine Arbeitskraft stark in Anspruch nahm. Mit diesem seinem ureigensten Betätigungsbereich des schöpferischen Neubaus war der Wirkungskreis Wasmers nicht erschöpft. Mindestens ebenso groß, wenn auch nach außen weniger in die Erscheinung tretend, war seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Verwaltung, besonders in der Einführung der neuen Bau- und Betriebsordnung.

Wasmer hat 15 Jahre lang die wichtige Stelle des Vorstands der Bauabteilung der Generaldirektion bekleidet. Zur Bewältigung der großen Arbeitslast, die sein Amt brachte, befähigte ihn in erster Linie ein reiches technisches Wissen, seine große Erfahrung und genaue Kenntnis der Verkehrsverhältnisse und Verkehrsbedürfnisse des badischen Landes in Verbindung mit einem eisernen Pflichtgefühl einerseits und seine offene, herzliche Liebenswürdigkeit und seine geradezu väterliche Güte für die Untergebenen andererseits. Deshalb tragen alle seine Arbeiten den Stempel der Gediegenheit und Klarheit, und er konnte nach 50jähriger Dienstzeit mit dem Bewußtsein aus dem Amte scheiden, das Erbe seiner Vorgänger gewis und Würdeman gut verwaltert zu haben.

Zu den Auszeichnungen und Ehrungen, die ihm während und am Ende seiner Dienstzeit zuteil wurden, fügte die Karlsruher Technische Hochschule Fridericiana im Jahre 1921 die Verleihung des Doktor-Ingenieurs ehrenhalber hinzu. Trotz aller Erfolge und Auszeichnungen blieb sein Wesen einfach und schlicht, und so wird er auch im Andenken seiner Berufsgenossen, ob Mitarbeiter oder Untergebene, als Vorbild der Pflichttreue, Gewissenhaftigkeit, Uneigennützigkeit und rein menschlicher Herzlichkeit weiterleben. G.

## Aus dem Stadtkreise

### Nochmal: Das gelächte Publikum.

Auf den Artikel im „Karlsruher Tagblatt“ Nr. 26 erwidert Herr Wilhelm Kochendörfer, Baden-Baden, durch eine Zuschrift an die Redaktion, ohne auf die gemachten Anmerkungen näher einzugehen. Vielmehr gibt er zu, daß ihm die beiden Hauptversuchspersonen, mit denen er an diesem Abend die Experimente durchführte, von seinem Wohnort aus schon bekannt waren. Diese Tatsache hat er den Zuhörern vollständig verschwiegen und das Publikum dadurch, daß er erst die ihm bekannten Personen aus etwa 12-14 Versuchspersonen herausnahm, in den Glauben verleitete, als ob auch diese ihm unbekannt seien. Es liegt ja in der eigenartigen Nähe der Zuhörer, nahezu rücksichtslos allen Vorgängen auf der Bühne Glauben zu schenken, und es liegt nahe, zu glauben, daß Herr Kochendörfer wahrheitsgemäß nur einen gewissen Erfolg durch die Verheimlichung des Bekanntheits mit diesen Versuchspersonen erzielen konnte. Somit wäre kein Grund vorhanden gewesen, diesen Umstand nicht von vornherein bekannt zu geben.

In seiner Zuschrift stellt Herr Kochendörfer die Behauptung auf, seine Experimente seien in dem betreffenden Artikel als „Schwindel“ bezeichnet worden; er habe sich vorher mit dem Versuchspersonen vereinbart gehabt, um dem Publikum derartige Experimente „vorzuschwin-

deln“. Dieses ist absolut nicht der Fall. Die Experimente wurden überhaupt keiner Kritik unterworfen, sondern lediglich das Experimentieren mit zwei ihm schon lange bekannten Versuchspersonen beanstandet. Hierin wurde die Täuschung des Publikums erblickt. In den Ausführungen über den Experimentaltortrag handelt es sich nicht darum, wissenschaftliche Auseinandersetzungen über okkulte Gebiete vorzunehmen oder wie Herr Kochendörfer glaubt, um über seine Fähigkeiten als Magnetiseur zu urteilen, sondern nur um die Feststellung, daß Herr Kochendörfer die beiden Versuchspersonen, mit denen er an diesem Abend seine Hauptexperimente ausführte, ihm schon von Baden-Baden aus bekannt waren.

Nach seinem Schreiben glaubt Herr Kochendörfer, es mit Segnern des Magnetismus und Hypnotismus zu tun zu haben. Dagegen verwahren wir uns auf das Entschiedenste, zumal ja diese Gebiete teilweise wissenschaftlich anerkannt sind. In Vorträgen über derart heikle Gebiete sollten sich aber nur Personen betätigen, die in erster Linie auch die nötige Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit besitzen. Alle, die jene Eigenschaften nicht besitzen und trotzdem auftreten, müssen als Schädlinge gekennzeichnet werden; die Desfentlichkeit ist vor ihnen zu warnen. Das liegt auch im Interesse aller jener, die sich ernsthaft mit diesen Gebieten beschäftigen. Nach wie vor bleibt die Feststellung bestehen, daß Herr Kochendörfer in seinem Experimentaltortrag seine Zuhörer bewirkt gerade die wichtigsten Tatsachen, d. i. seine Bekanntheit mit den beiden Versuchspersonen, verschwiegen. Seine Verurteilung auf § 1 ist somit ganz unbearbeitet, denn das Wesentliche dieses Paragrafen ist, daß eine aufgestellte Behauptung als falsch zurückgewiesen wird. Das kann Herr K. aber nicht. Es bleibt somit dabei, daß er das Publikum gelächelt hat.

### Handwerk und Handel.

Am April soll in der Städtischen Ausstellungshalle in Karlsruhe eine Ausstellung: Handwerk und Handel genannt, stattfinden. Es ist an eine Musterausstellung von Handwerkszeugen für den Schmied- und Auslandsmarkt gedacht. Künstlern und kunstgewerblichen Zeichnern soll Gelegenheit geboten werden, Entwürfe und Vorbilder für gewerbliche Erzeugnisse zum Verkauf auszustellen und für Gewerbetreibende, um solche Entwürfe zu erwerben. Anmeldungen zur Ausstellung sind bis zum 20. Februar an das Landesgewerbeamt, das auch sonst weitere Auskunft erteilt, zu richten. Die Einfindung hat bis zum 15. März an das Landesgewerbeamt zu geschehen unter Angabe des Verkaufspreises. Die Entscheidung über die Zulassung eingehender Entwürfe behält sich das Landesgewerbeamt vor.

**Todesfall.** Im Alter von nahezu 90 Jahren ist Privatmann Christian Schömpeler, der frühere langjährige Verleger des in Lafr erscheinenden „Anzeiger für Stadt und Land“ gestorben. Er hatte im Jahre 1885 in Lafr eine kleine Buchdruckerei gegründet, worauf ihm 1888 der Druck des in Lafr ins Leben gerufenen Zentrumsblattes übertragen wurde. In seiner Druckerei erschien auch seit 1878 der Kalender „Der Vetter vom Rhein“. Der Verstorbenen betätigte sich auch schriftstellerisch und hat in dem genannten Kalender, wie auch in Tageszeitungen manche hübsche Erzählung und Jugenderinnerungen veröffentlicht.

**Militärpersonen und besetztes Gebiet.** Vorfälle während der Beurlaubungen zum Wehrnachdienst haben das Reichswehrministerium zu dem Hinweis veranlaßt, daß die Bahnhöfe Osenburg und Appenweier im besetzten Gebiet liegen. Militärpersonen müssen für den Aufenthalt wie für die Durchreise durch Vermittlung der deutschen Militärpässe in Frankfurt a. M. rechtzeitig die Einreiseerlaubnis einholen. Auch darf auf der Durchreise nur Zivilkleidung getragen werden.

Das Gymnasium hielt gestern in seiner Aula eine Gedächtnisfeier für seine im Weltkrieg gefallenen Lehrer und Schüler ab. Sie war veranlaßt durch die Fertigstellung einer Gedenktafel, die das Andenken der Opfer der Schule festhalten soll. Umrahmt von Vorträgen des Schülerrats und -Chores und eingeleitet durch eine Gedächtnisrede „Für uns!“ sprach Professor Sach die Gedächtnisworte. Er erinnerte an den letzten Schultag des Jahres 1914 und an den begeisterten Ausmarsch der Männer und Jünglinge, von denen die meisten wieder kamen. Unbekannt, doch von einer Uebermacht erfüllt, ist Deutschland aus dem Ningen in die Armut und Niederlage geschleudert worden. Aber der innere Gewinn ist dadurch nicht verfallen. Die Reichswehr „Kordauer der Nation“ ist gerettet und muß und wird die Opfer einkens lohnen. Die Erkenntnis: „Ach bin erwas an eurer Brust“ und die nie verlassende Dankbarkeit für die Blutopfer der gefallenen Brüder; das war der stimmungsschwere und doch bei aller Fürchtbarkeit erhebende Grundgedanke der in ihrer Strenge und Einfachheit doppelt eindrucksvollen Reden des klassischen Gymnasiums zu Karlsruhe.

Der Landwirtschaftskammerdollar. Auch das wertbeständige Notgeld der Badischen Landwirtschaftskammer ist durch die allgemeine Verfüngung des Reichsministers der Finanzen mit einer Einlöschungfrist von einem Monat aufgerufen. Die Einlöschung kann durch die bekanntgegebenen Stellen auch schon vor dem 10. Februar erfolgen. Die Einlöschungsfrist läuft mit dem 10. März ab.

Rein Aufruf des Eisenbahnnotgeldes. Nachdem in der letzten Zeit auf Papiermark lautendes und wertbeständiges Notgeld der Länder, Gemeinden usw. aufgerufen worden ist, sind, so heißt es in einer Mitteilung der Reichsbahndirektion, in der Öffentlichkeit Zweifel aufgetreten, ob auch das Eisenbahnnotgeld jeder Art hiervon betroffen wird. Demgegenüber wird erneut darauf hingewiesen, daß sowohl das nichtwertbeständige Notgeld der Reichsbahn (einschließlich der Gutsbahnen der Reichsbahndirektion), wie auch das wertbeständige Eisenbahnnotgeld bis auf weiteres nicht aufgerufen werden und daher weiterhin wie gewöhnliche Zahl-



# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Die Wirtschaftskredite der Deutschen Rentenbank.

Von Geheimen Finanzrat Dr. Richter-Berlin, Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenbank.

Nach § 16 Ziffer 3 der Rentenbankverordnung ist die Deutsche Rentenbank berechtigt, der Reichsbank und den Privatnotenbanken zum Zwecke der Kreditvermittlung der Privatwirtschaft bis zum Betrage von 1200 Millionen Rentenmark-Kredite zu gewähren. Die Deutsche Rentenbank hat ferner nach der entsprechenden Bestimmung der Satzung darauf zu halten, daß die Leiter der Kredite durch die Reichsbank und die Privatnotenbanken in einer den Bedürfnissen der Wirtschaft und ihrer Beteiligung an der Deutschen Rentenbank entsprechenden Weise erfolgt. Es wird deshalb auf eine tunlichst gleichmäßige Berücksichtigung der Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft und ihrer Gewerbe auf der einen Seite und der übrigen Erwerbsgruppen des Wirtschaftslebens auf der anderen Seite Bedacht genommen.

Aus diesen grundlegenden Bestimmungen über die Kreditgewährung in Rentenmark folgt zunächst am ehesten:

Einmal, daß die Deutsche Rentenbank nicht unmittelbar Kredite gewährt, sondern besonders hinweisen ist, daß die Deutsche Rentenbank trotz wiederholter Hinweise in der Presse darüber noch mit Kreditgewährung ansehnlich war, und ferner, daß die Wirtschaftskredite keine Pfandkredite, sondern keine Pfandkredite sein können, wie nach zahlreichen Aufschriften von vielen Kreisen irrtümlich angenommen wird.

Die Bedingungen der Reichsbank, die denen der Privatnotenbanken, nach dem mit der Deutschen Rentenbank getroffenen Abkommen, angepaßt sind, dürften allgemein bekannt sein. Die Kredite werden, um es kurz zu wiederholen, ebenso wie die Papiermarkkredite zur Vermeidung spekulativer Ausnutzung nur werbefähig auf der Grundlage des Kurzes Kabel Notwendigkeit bei der Entnahme und Rückzahlung des Darlehens annehmen mit der Maßgabe, daß der Schuldner stets mindestens den empfangenen Rentenmarkbetrag zurückzahlen hat. Der Entwertungszusatz hat solange überhaupt keine praktische Bedeutung, als der Einheitskurs besteht, später kann er nur bei etwaigen Abfällen der Rentenmark gegenüber der Devisen praktisch werden.

Bisher sind von den vier Privatnotenbanken (der Badischen, Bayerischen, Württembergischen und Sächsischen) Wirtschaftskredite in Höhe von 92 Millionen und von der Reichsbank solche in Höhe von etwa 500 Millionen Rentenmark gewährt worden, wobei die Kredite der Privatnotenbanken ganz aus dem für die Wirtschaft bestimmten Betrage von 1200 Millionen entnommen sind. Die Kredite der Reichsbank rüsten vorwiegend aus eigenen Mitteln der Reichsbank her, die diese vornehmlich durch Abgabe des Reichs an den Verkehr herbeizubringen hat. Wenn man bedenkt, daß die Gewährung von Rentenmarkkrediten erst Ende Dezember einsetzte hat, so müssen in Anbetracht des Umstandes, daß es sich um Geldmarkkredite handelt, diese Zahlen als ganz beträchtlich erscheinen. Gleichwohl besteht noch heute in der Landwirtschaft wie in der Industrie eine unechte Kreditnot.

Der Landwirtschaft ist es zwar gelungen, infolge der Anstalten der vergangenen Jahre ihre Bodenverbesserungen abzutragen, und sie hat ohne Zweifel seit Kriegsende an den bevorzugen

ten Berufsständen gehört. Zurück ist aber ihre Lage sehr bedrückt, da einmal die landwirtschaftliche Produktion infolge ausländischer Getreide- und Viehfleisch- und dringenden, durch Geldmangels hervorgerufenen Angebots im Inlande gegenüber gesteigerten Produktionskosten nur zu niedrigen Preisen zu vermarkten ist, andererseits die hohen Steuerlasten aufgebracht werden müssen und langfristige Kreditzufolge der Vereinigung des Kapitalmarktes nicht oder nur in vermindertem Umfang zu erhalten ist. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft sich in dieser Jahreszeit die nötigen Dingen, von denen bisher etwa nur ein Drittel des vorigen Verbrauchs bezogen werden konnte, und ferner Zufuhrstoffe für das Vieh beschaffen muß. Der Landwirt bedarf daher, von Unannehmlichkeiten abgesehen, dringend der Einräumung von Betriebskrediten, die ihm über die Zeit bis zur Ernte fortsetzen. In der Erkenntnis, daß eine gesunde, kaufkräftige Landwirtschaft für die Sicherstellung der Ernte, für die Wirtschaftlichkeit der mit ihr zusammenhängenden Industrie und somit für unsere gesamte Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist, sollte deshalb auch die Rentenbankkredite in erweitertem Umfang der Landwirtschaft erschlossen werden.

Auch die Industrie hat unter einer starken Kreditnot zu leiden, und es ist bisher, wie unter anderem die Zahl der Arbeitslosen zeigt, noch nicht gelungen, den Produktionsapparat wieder einigermaßen ausreichend in Gang zu bringen. Es herrscht daher zwischen den beteiligten Ministerien, der Reichsbank und der Deutschen Rentenbank Einverständnis darüber, daß die Kreditgewährung auch für die Industrie erleichtert werden soll, damit die Wirtschaft wieder voll arbeitet, die Arbeitslosigkeit gemindert wird und durch Steuereinnahmen des Exports Devisen herbeizubringen.

Bisher sind nach dem eingangs Gesagten, da die bisherigen Wirtschaftskredite vorwiegend aus dem Betrage der Reichsbank und diese wiederum aus dem an das Reich abgegebenen Rentenmarkdarlehen herrihren, kaum mehr als 1300 Millionen Rentenmark ausgegeben. Eine erleichterte und erweiterte Gewährung wirtschaftlicher Kredite auf Grund von Handelswechseln oder Betriebskrediten für die Landwirtschaft dürfte keine Inflationsgefahr in sich schließen, da die umlaufenden Zahlungsmittel in Gold gerechnet sehr wohl eine Erhöhung von 5 bis 10 Milliarden Rentenmark ohne Gefahr abgenommen hat. Jeder, selbst der kleinste Mann, trägt heute in seiner Tasche in Goldwert eine ganz ungleich höhere Summe an verschiedenen Zahlungsmitteln bei sich, wie in den Zeiten der künftigen Geldentwertung. Man greift vielleicht nicht zu hoch, wenn man diese Summe auf 5 bis 10 Goldmark pro Kopf der Bevölkerung schätzt, was bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen 300 bis 600 Millionen ausmachen würde. Ueberdies sollen die Kredite, die durch die Wertberichtigungsklausel in den wirtschaftlich nötigen Grenzen gehalten werden, nur zur Vermehrung der Warenerzeugung gegeben werden. Sie sollen daher nicht der Spekulation, sondern bei der Industrie dem kaufmännischen Euergeiz und bei der Landwirtschaft der Sicherung der Erzeugung und der Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes dienen.

Die Vereinbarungen zwischen der Reichsbank und der Deutschen Rentenbank lassen erhoffen, daß die Kreditgewährung in dem vorstehend geschilderten Rahmen besonders auch in der Provinz, von wo bisher viele Klagen gekommen sind, schnell verwirklicht wird. Es sollen besonders die Reichsbankkredite in der Provinz, wenn sie Zweifel wegen der Kreditgewährung haben,

oder wenn die ihnen zur Verfügung stehenden Rentenmarkbeträge nicht ausreichen, nach näherer Anweisung des Reichsbankdirektors die Kreditanträge nicht ohne weiteres ablehnen, sondern sie sollen sich mit der Zentrale in Verbindung setzen. Selbstverständlich sind die Voraussetzungen, die die Reichsbank nach dem Bankgesetz stellen muß, zu erfüllen, es müssen also für den beizutragenden Waren- oder Betriebskredit Wechsel mit drei, mindestens aber mit zwei guten Unterschriften sowie Unterlagen über den Zweck des Kredites beibringen werden. Die größeren Landwirte werden auf Grund ihrer Kreditwürdigkeit und ihrer Bankverbindung auf diesem Wege Kredite erhalten können, die kleineren werden die Kredite zweckmäßig auf genossenschaftlichem Wege nachsuchen.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Höhe der Zinsen. Die Reichsbank nimmt zurzeit 10 Prozent bei Diskontierung und 12 Prozent bei Lombardierung. So sehr es zur Verbilligung der Kredite erwünscht wäre, daß die Reichsbank der Wirtschaft direkt ohne Einschaltung der Banken Wechsel diskontiert, so wird sich das in einer Anzahl von Fällen nicht durchführen lassen. Die Kreditnehmer werden daher einwirken mit erheblichen höheren Zinsen rechnen müssen. Die erten Berliner Privatbanken nehmen in der Regel bei Diskontierung 18 Prozent für das Jahr. Wenn dieser Satz schon recht hoch und trotz der hohen Löhne der Banken als abwärtsbedürftig erscheint, so sind höhere Sätze, wie sie in den Tageszeitungen und von Interessenten mitgeteilt werden, vollends als ungerechtfertigt und volkswirtschaftlich schädlich zu verurteilen. Die maßgebenden Instanzen sind damit beschäftigt, eine Herabsetzung der Zinssätze durch Verhandlungen mit den Banken zu erreichen. Zum Teil haben diese Verhandlungen auch schon einen Erfolg gehabt, da erte öffentliche-rechtliche Banken sich bereit erklärt haben, unter den Satz von 18 Prozent für das Jahr herunter zu gehen. Jedenfalls kann unsere verarmte Wirtschaft eine Zinsspanne von 8 Prozent zwischen Reichsbank und Privatbank auf die Dauer nicht tragen. Das gilt besonders der Landwirtschaft, bei der der Produktionsprozess langsam vor sich geht und die die Betriebskredite daher länger in Anspruch nehmen muß als andere Wirtschaftskreise. Es wird besonders darauf Bedacht genommen, daß für den kleinen Landwirt, dessen Kreditantrag infolge des Aufbaues der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen (Spar- und Darlehenskassen, Verbandkassen, Preussische Zentral-Genossenschaftskasse) viele Instanzen zu durchlaufen hat, der Kredit nicht zu teuer wird.

Eine glänzende Wirkung für die Zinsverbilligung ist von dem Beschlusse der Banken zu erwarten, wonach eine Gleichstellung hinsichtlich der Debet- und Kreditzinsen bei vorerklärten Rentenmark- und Papiermarkkrediten erfolgen soll. Bei der bisherigen unterschiedlichen Behandlung der Papiermarkkredite gegenüber den Rentenmarkkrediten wurde der hohe Tageszins für die letzteren entweder teilweise auf die Rentenmarkkredite übertragen oder es waren die Rentenmarkkredite von den Banken vielfach als Papiermarkkredite nach erfolgtem Umtausch zur Erzielung eines höheren Zinssatzes weitergegeben worden. Diese Auswüchse scheinen nunmehr beseitigt zu sein, und da auch die reinen Papiermarkkredite, die in Form von Entwertungsklausel, ganz in Form kommen, so darf eine gleichmäßige Kreditgewährung zu ermäßigten Zinsen, die der Verkehr allein tragen kann, erwartet werden.

## Answeis der Reichsbank.

Auch in der zweiten Januarwoche hielten die starken privaten Ansprüche an die Reichsbank an. Sie wurden wieder vorwiegend in Rentenmark befriedigt. Besonders zugenommen hat das Diskontgeschäft in Rentenmarkwechseln und -Schecks; ihr Bestand erfuhr eine Zunahme um M. 114,1 auf 185,9 Trill. Papiermark, ebenso stiegen die Forderungen in Rentenmark-Lombard, diesmal um 17,7 auf 181 Trillionen. Aber auch der Bestand an Papiermarkwechseln und Schecks erhöhte sich wieder und zwar um 10,5 auf 294,7 Trill., dagegen ermäßigten sich die Lombardforderungen im Papiermarkgeschäft etwas, nämlich um 8,2 auf 140,7 Trill. (darunter lombardierte Wechsel um 13,3 auf 135,7 Trill.). Insgesamt erhöhten sich die privaten Ansprache weiter auf 802,7 (in der Vorwoche 668,4) Trill. Dem steht eine Zunahme der Umlaufmittel auf insgesamt 1164,4 (1030,7) Trill. gegenüber, davon entfallen 478,7 Trill. auf den Notenumlauf, der sich damit um 12,2 Trill. ermäßigt hat, auf die Reichs- und Staatsguthaben kommen 363,6 Trill. mit einer Steigerung um 18,2 Trill. (darunter im Rentenmark plus 74,8 auf 231,7 Trill. Papiermark), während sich die privaten Guthaben um 77,7 auf 322 Trillionen vermehrten (darunter nur 20,2 Trillionen im Rentenmark mit einer Zunahme um 4,7 Trillionen). Das Rentenmarkgiro hat sich demnach im privaten Verkehr einwelsen erst geringfügig entwickelt. Andererseits ermäßigte sich der Bestand an Rentenmarkscheinen als Folge der stärkeren privaten Ausleihungen weiter, diesmal um 33,2 auf 142,3 Mill. Rentenmark. Bemerkenswert ist auf der Aktivseite noch eine relativ erhebliche Steigerung des Effektivbestandes um 226,6 auf 323,6 Milliarden. Die Ausleihungen der Darlehnskassen des Reichs stiegen in der Berichtswoche um 0,3 auf 9,7 Trill. Mark. Die Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen erhöhten sich entsprechend.

Kategorie	1. Januar	7. Januar	Jan. 1. + 1924
Mil. Mark	192,7	221,2	28,5
Banknoten	148,7	148,7	0
Bankguthaben	44,0	72,5	28,5
Staatsguthaben	1,0	1,0	0
Private Guthaben	40,0	40,0	0
Umlaufmittel	1164,4	1164,4	0
Noten	478,7	478,7	0
Bankguthaben	685,7	685,7	0
Staatsguthaben	1,0	1,0	0
Private Guthaben	40,0	40,0	0

## Frankfurter Börse.

Tendenz: fest.  
Frankfurt a. M., 6. Febr. (Drahtber. unseres Frankfurter Handelskorresp.) Der feste Unterton, der seit einigen Tagen die Börse beherrscht, erfuhr heute eine wesentliche Bekräftigung infolge günstiger Beurteilung der politischen Lage. Man rechnet mit einem Nachgeben Frankreichs in der

## Berliner Kursbericht

Diese Kurse verstehen sich in Billionen Prozent.

Werte	5.2.	6.2.	6.2.
Versch. festverzinsliche Werte			
Oest. Sch. 14	5.2	6.2	
Gold-R.	12,5	12,4	
Kron-R.	1,1	1,1	
100 Reichsmark	10,75	10,87	
100 Reichsmark	15,12	15,87	
100 Reichsmark	14	14	
100 Reichsmark	13	12,5	
100 Reichsmark	29	27,5	
100 Reichsmark	1,75	1,8	
100 Reichsmark	47,5	43,25	
100 Reichsmark	30,75	30	
100 Reichsmark	28	29,75	
100 Reichsmark	15,5	15,12	
100 Reichsmark	14,5	14,5	
100 Reichsmark	49	48,5	
100 Reichsmark	50,2	52	
100 Reichsmark	63	62,75	
100 Reichsmark	33,25	33	
100 Reichsmark	1,5	1,6	
100 Reichsmark	9	8,75	
100 Reichsmark	69,5	69	
100 Reichsmark	46,9	42	
100 Reichsmark	52,5	58	
100 Reichsmark	23,75	24	
100 Reichsmark	9,75	10	
100 Reichsmark	7	7,5	
100 Reichsmark	15,25	14,75	
100 Reichsmark	6,3	6,12	
100 Reichsmark	68,75	68,37	
100 Reichsmark	45,5	45,5	
100 Reichsmark	10,37	10,37	
100 Reichsmark	4,2	4,3	
100 Reichsmark	19,37	19,25	
100 Reichsmark	3,2	3,275	
100 Reichsmark	19	18,87	
100 Reichsmark	79,5	81	
100 Reichsmark	22,4	22,5	
100 Reichsmark	12,5	12,4	
100 Reichsmark	6	5,5	
100 Reichsmark	4	4,25	
100 Reichsmark	4,2	4,2	
100 Reichsmark	13	13,5	
100 Reichsmark	4	4	

Werte	5.2.	6.2.	6.2.
Bel. u. Monierb.	2,75	3,2	
Bielef. mech. W.	6,1	6,87	
Bing Nürnberg	85	85	
Bismarckhütte	72	72	
Böckler Stahl	40	42	
Braunb. Brk.	50	51,75	
Braunb. Kohle	32	32	
Braunb. Juteapp.	102	95	
Braunb. Zement	79	80	
Braunb. Holz	21	21	
Braunb. Textil	21	21	
Braunb. Eisen	21	21	
Braunb. Kupfer	21	21	
Braunb. Zink	21	21	
Braunb. Blei	21	21	
Braunb. Silber	21	21	
Braunb. Gold	21	21	
Braunb. Platin	21	21	
Braunb. Nickel	21	21	
Braunb. Mangan	21	21	
Braunb. Chrom	21	21	
Braunb. Vanadium	21	21	
Braunb. Zinn	21	21	
Braunb. Antimon	21	21	
Braunb. Arsen	21	21	
Braunb. Tellur	21	21	
Braunb. Selen	21	21	
Braunb. Bismut	21	21	
Braunb. Wismut	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende	21	21	
Braunb. Platinblende	21	21	
Braunb. Nickelblende	21	21	
Braunb. Manganblende	21	21	
Braunb. Chromblende	21	21	
Braunb. Vanadiumblende	21	21	
Braunb. Zinnblende	21	21	
Braunb. Antimonblende	21	21	
Braunb. Arsenblende	21	21	
Braunb. Tellurblende	21	21	
Braunb. Selenblende	21	21	
Braunb. Bismutblende	21	21	
Braunb. Wismutblende	21	21	
Braunb. Zinkblende	21	21	
Braunb. Kupferblende	21	21	
Braunb. Silberblende	21	21	
Braunb. Goldblende</			

pfälzisch-rheinischen Frage. Einige Anregung bot auch die Meinung, daß die Sachverständigen ihre Arbeit soweit gefördert haben, daß sie Ende dieser Woche wieder Berlin verlassen können.

Am Montagmarkt standen, wie bereits erwähnt, Oberschl. Aktien im Vordergrund. Aber auch die anderen Werte dieses Gebietes lagen fest.

Der Einheitsmarkt der Industrie wertete stand unter reger Nachfrage für eine Reihe von Werten, so daß die meisten Aktien Kursbesserungen zu verzeichnen hatten.

Im weiteren Verlauf waren die führenden deutschen Anleihen bei mäßigen Umsätzen gut erholt. Niedriger notiert waren nur Zwangsanleihe und Sparprämienanleihe.

Der freie Verkehr war still bei wenig veränderten Schlusskursen. Vereinzelt waren aber auch hier Bewertungen festzustellen.

Der Devisenmarkt zeigte international kaum eine merkliche Veränderung gegen gestern. Die Nachfrage ist aber etwas zurückgegangen.

Berliner Börse.

= Berlin, 6. Febr. (Drahtber. unseres Berliner Handelskorresp.) Die heutige Börse eröffnete heute bei etwas regerem Umsatz in ziemlich fester Haltung.

Im freien Verkehr waren besonders Kaliwerte recht fest, teilweise auf die Mitteilungen über die Besserung der Absatzverhältnisse.

Die Stimmung am Devisenmarkt hat etwas von der Gespanntheit der letzten Tage verloren. Der Bedarf ist nicht weiter gestiegen.

Nachbörse.

Berlin, 6. Febr. (Drahtber.) Bei stillem Geschäft wurde die Tendenz etwas schwächer.

Variable Kurse.

1. Berlin 6. Febr. (Drahtber.) Aufträge werden um 6000 M. nominal oder dem Vielfachen davon gehandelt.

mensen 1975, 19, Laurahütte 28, 28 1/2, 28 7/8, Kattowitz 65, 66, Linke Hofmann 43, 44, Ob. Bedarf 38, 38,5, 39,25, Ob. Caro 45, 46,5, Tietz 6 1/2, 7,25, Westeregeln 42, 44,5, Zellstoff Waldhof 14,25, 14,75, 15, Orenstein 25,75, 25,5, Phoenix 47,5, 46,5.

Mannheimer Effektenbörse.

w. Mannheim, 6. Febr. (Drahtber.) Der heutige Börsenverkehr verlief in freundlicher Haltung.

Karlsruher Börse

Getreide, Mehl, Futter- und Raufuttermittel. Der Markt bleibt still, besonders drücken auf die heimischen Produkte die anscheinend wieder rückhaltlos einführbaren französischen Mehlfabrikate.

Weine und Spirituosen. Der Weinmarkt zeigt die bisherige Festigkeit besonders infolge der Nachfrage des unbesetzten Gebietes aus der Pfalz.

Kolonialwaren. Kaffee, roh, Santos 3,90-4,20, gewaschen 4,60-6, gebrannt von 4,80 an, per Kilo verzollt, Tee im Preis unverändert.

Berliner Produktenbörse.

w. Berlin, 6. Febr. Das Geschäft ist heute merklich ruhiger geworden. Weizen war nicht zu haben.

Märkischer Weizen 152-156, Tendenz behauptet, Märkischer Roggen 132-135, Pommerscher Roggen 130, Schlesischer Roggen 130, Tendenz ruhig.

10-11, Leinkuchen 22-23, Trockenschnitzel 7,70 bis 7,80.

Nichtamtliche Raufutternotierungen nur noch Notierungen Dienstags und Freitags.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach New York: D. Mount Clinton am 7. 2., D. Westphalia am 14. 2., D. Thüringia am 21. 2., D. Cleveland am 28. 2., D. Mount Carroll am 6. 3., D. Albert Ballin am 13. 3.

Veredelung der gewerblichen Arbeit ist das hohe Ziel, dem die Entwurfs- und Modellmanufaktur im großen Festsaal des Leipziger Neuen Rathauses gelegentlich der Leipziger Mustermesse vom 2. bis 8. März dienen soll.

Der amerikanische Eisen- und Stahlmarkt. "Iron Trade Review", Cleveland, Ohio, kabelet: Im Dezember wurden 182 000 t, im ganzen Jahr 1923 insgesamt 2 Millionen t Eisen und Stahl ausgeführt.

Berliner Metallmarkt vom 6. Febr. Elektrolytkupfer 121 1/2, Raffinadekupfer 105-107, Originalhüttenweichblei 57-58.

Hamburger Altmetallmarkt vom 6. Febr. Kupfer 96-100, Rotguss 82-84, Messing, leicht 56-58.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Literatur. E. Regenhardt Geschäftsstatistik für den Weltverkehr, 40. Jahrgang 1924 (Verlag G. Regenhardt, S. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstr. 19/20).

Frankfurter Kurse.

Deutsche Staatspapiere

Table with columns for bond types and prices. Includes 5% 1000, 5% 1000, 4% 1000, etc.

Fremde Werte

Table with columns for foreign bonds and prices. Includes Silbermexikaner, Goldmexikaner, etc.

Banken

Table with columns for bank names and prices. Includes Badische Bank, Berg. Mark. Industrie-Bank, etc.

Industrien

Table with columns for industrial companies and prices. Includes Adler & Oppenheimer, Altmann, Nussbaum, etc.

Dividendenpapiere und ausländische Anleihen

Table with columns for dividend papers and foreign bonds. Includes Dividendenpapiere, ausländische Anleihen, etc.

Beschörden, Konfuzate, Gerichtsbarkeit usw. Eine Umfrage von statistischen Angaben, Ziffern und Tabellen, wie man sie im Gebrauchsfalle sonst nirgendwo so schnell und ausführlich findet, erhöhen den Wert des Buches.

Devisennotierungen:

Table with columns for exchange rates. Includes Amsterdam, Brüssel, Christiania, Stockholm, Helsinki, etc.

Unverbindlicher Markkurs in Zürich und Amsterdam.

Zürich: 5. Febr.: 135 Cts.; 6. Febr.: 135 Cents.

Amsterdam: 5. Febr.: 62,5 Cts.; 6. Febr.: 62,5 Cts.

Pariser Börse.

s. Paris, 6. Febr. Es wurden heute bezahlt für 1 engl. Pfund 93 Frcs.

Nach Sachwert verzinliche Schuldverschreibungen.

Table with columns for interest-bearing securities. Includes Berliner Börse, Frankfurter Börse, etc.

Unnotierte Werte:

Table with columns for unlisted values. Includes Adler Kali, App, Bad. Historiokom., etc.

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück

Table with columns for value-stable investments. Includes 5% Badische Kohlenwert-Anleihe, etc.

Baer & Elend, Bankgeschäft

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 26, Telefon 288, 285 1/2

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen usw. der ständigen Beamten. Ministerium des Innern. Bericht: Verwaltungsbefehlsekretär Hermann Braun...